

Sommer

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Er erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 Mk.
 Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
 ———— Telefon: Amt IV, 950 und 11864. ————
 Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung

Br. 8.

Berlin, den 25. Februar 1912.

16. Jahrg.

Jeder klassen- und zielberufte Berufskollege ist nicht nur ein treuer und fleißiger Mitarbeiter in seiner Gewerkschaft, er erfüllt auch seine Pflichten in der Parteiorganisation und deckt seine Lebensbedürfnisse nicht bei seinen Feinden den Krämer, sondern in der eigenen Konsumgenossenschaft, er unterstützt auch kein bürgerliches oder parteiloses Blatt durch Abonnement, sondern liest für seine sauer verdienten Groschen nur die seine Interessen stets fördernde Arbeiterpresse.

Teuerung und Kultur — und Reichstag.

Die treibende Kraft bei der letzten Reichstagswahl war die drohende Hungersnot. Alle vorurteilsfreien Beobachter des Wirtschaftslebens stimmten und stimmen darin überein, daß die Teuerung noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Daß die Preise je wieder im gleichen Maße zurückgehen, wie sie gestiegen sind und noch steigen, darf wohl als ausgeschlossen angesehen werden. Zum mindesten im Kleinhandel würde etwas hängen bleiben — und nicht so wenig. Darüber ist und war sich auch die Mehrzahl der Wähler klar, die am 12. Januar und an den resp. Stichwahlen ihren Stimmzettel als Waffe gegen den sogenannten schwarzblauen Block gebrauchten. Wenn der Volkzorn die „Mitter“ und „Heiligen“ trotzdem so schwer traf, so war die Ursache nicht nur die Befriedigung einer billigen Rache, sondern vor allem die Absicht, eine Mehrheit in den Reichstag zu schicken, die bereit war, den frevelhaften Egoismus der Junker und Pfaffen unwirksam zu machen. Der Erfolg ist wenig anmutig. Wenn man die Ansprüche, die man an den Liberalismus zu stellen gewohnt ist, recht niedrig spannt, dann mag es noch so hingehen, dann hat die linke Seite im Reichstag sogar eine Mehrheit — wenn auch nur eine schätzbare. Aber der Gang, der die Abgeordneten im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes in fast zwei einander gleiche Teile spaltet, er ist nicht auch die politische Grenze zwischen Volkfreunden und Volkbetrügnern. Eine Mehrheit der Linken ist nur vorhanden, wenn die Nationalliberalen einmütig gegen rechts stimmen. Daß sie dazu nicht unter allen Umständen gewillt sind, hat die Komödie der Präsidentschaftswahl bewiesen — für Hans Sachs wäre das ein Stoff zu einer berben Fastnachtsspasse. Die Nationalliberalen sind zum größten Teil abhängig von den Schlotjunkern, den Großindustriellen, den schärfsten Gegnern der Gewerkschaften. Glaubt man wirklich, daß die Herrschaften sich für eine entschiedene Arbeiterforderung erklären würden? Bei allen wichtigen, d. h. für die Arbeiter und Gewerkschaften wichtigen Fragen wird die Sozialdemokratie mehr Hilfe aus den Reihen des Zentrums erhalten, als von den Nationalmisserablen. Das Zentrum, darüber hilft keine Dialektik hinweg, ist notwendigerweise gezwungen, in gewissen Fragen für Arbeiterinteressen einzutreten, weil es die einzige bürgerliche Partei ist, die nennenswerte Arbeitermassen hinter sich hat. Ob es nun freilich in der Frage mit der Sozialdemokratie übereinstimmt wird, die augenblicklich die wichtigste ist, nämlich in der Frage: wie lindern wir den Notstand? ist mehr als fraglich. Die agrarischen Interessen des Zentrums, vor allem der Zentrumsabgeordneten, sind so erheblich, daß demgegenüber Arbeiterinteressen federleicht wiegen. Bleiben die Freisinnigen. Sie haben sich bei der Präsidentschaftswahl merkwürdig rückgratkräftig gezeigt. In recht vielen Fragen werden sie mit der Sozialdemokratie gleichen Schritt halten können. Aber das eine darf nicht vergessen werden, auch die fortschrittliche Volkspartei ist schließendlich Fleisch von ihrem, je nem Fleisch, auch die

Volkspartei ist in erster Linie Vertreterin des Volklichen; in ihrer Fraktion sitzen recht viele Vertreter der Unternehmerinteressen. Da der Freisinn für schrittweise Abtragung der Lebensmittelzölle ist, so dürfte er die eventl. Aktion der Sozialdemokratie unterstützen. Auf die Nationalliberalen darf man auch in dieser Frage nicht hoffen. Die Schlot- und Krauthunter sind sich über die Zölle längst einig. Sie haben eine G. m. b. H. gegründet, zur gegenseitigen Unterstützung bei der Ausplünderung des Volkes durch die indirekten Steuern.

Es mag recht „grob materialistisch“ aussehen, wenn wir angesichts der Niederringung des „schwarzblauen“ Blocks (wobei der rechte Flügel der „Sieger“ recht viele Blane zählt) nicht im siebenten Himmel spazieren gehen, nicht „Kultur“ schwafeln in den Mund führen, sondern auch essen wollen. Durch die Niederlage der Mitter und der Heiligen ist der Kultur freie Bahn geschaffen, wird behauptet. Nun, wir werden sehen: Kultur, Bildung, Entwicklung und Betätigung des Geistes mit Wissenschaft und Kunst ist nur möglich, wo neben freier Zeit, materielle Lebenssicherheit vorhanden ist. Ein von Müdigkeit zermürbter Kopf, ein hungriger Magen können sich nicht um sie. Es wird von interessierter Seite nicht selten darauf hingewiesen, daß es Zeiten gegeben hat, wo die Lebensmittelpreise noch höher waren als heute. Darauf kommt es aber nicht an; wer im vorigen Jahr für sein Geld ein bestimmtes Quantum einkaufen konnte, will es in diesem Jahr natürlich auch. Ist er gezwungen, eine größere Summe dafür aufzuwenden, so muß er notgedrungen auf andere Annehmlichkeiten, die das Leben erst lebenswert machen, und die er und seine Gleichen vor zwanzig Jahren, wo die Lebensmittelpreise vielleicht noch höher standen als heute, überhaupt noch nicht kannte, also nicht entbehrte. Erst dann, wenn der Mensch durch höheres Einkommen in die Lage versetzt wird, für seine Kulturbedürfnisse etwas aufzuwenden, erst dann merkt er, was er bisher alles hat entbehren müssen. Soll er nun unter dem Druck der Lebensmittel- und sonstigen Teuerung seine Lebenshaltung verschlechtern, so ist das eine Gefährdung unseres vielgerühmten Kulturstandes. Denn Kultur ist die Befriedigung jedes Einzelnen.

Die gegenwärtige Teuerung ist keineswegs von gestern, aber sie sorgt dafür, daß keine Gewöhnung eintritt. Wurde mit Recht vor Jahresfrist über die Teuerung geklagt, so dürfen wir heute sagen, daß wir eine Teuerung haben gegenüber 1911. Aus der folgenden, dem „Berl. Tagebl.“ entnommenen Aufstellung, geht das unwiderleglich hervor. Es kosteten im Großhandel:

	Februar 1912	1911
Weizen loco	218,—	195,— Lo.
Roggen	193,—	149,50 Lo.
Hafers	214,—	173,— Lo.
Malz (mixed)	186,—	186,— Lo.
Gerste (Futter)	185,—	142,— Lo.
Erbsen	190,—	157,— Lo.

	Februar 1912	1911
Roggenmehl	23,—	18,80 Dzt.
Weizenmehl	25,25	24,— Dzt.
Weizenkleie	14,35	9,75 Dzt.
Roggenkleie	14,35	9,50 Dzt.
Stroh	5,60	4,50 Dzt.
Heu	8,20	4,70 Dzt.
Kaffee	65,50	54,75 Wfg. p. pfd.
Zucker	15,35	9,20 Ztr.
Speisebohnen	40,—	80,— Dzt.
Linsen	40,—	20,— Dzt.
Kartoffeln	11,—	5,— Dzt.
Rindfleisch	1,60	1,60 Kg.
Rindfleisch (Bauch)	1,80	1,20 Kg.
Schweinefleisch	1,80	1,80 Kg.
Kalbfleisch	1,40	1,20 Kg.
Lammfleisch	1,80	1,80 Kg.
Butter	2,60	2,20 Kg.
Eier (Schok)	4,50	3,80
Schmalz	47,25	52,25 Ztr.

Mit Ausnahme von Schmalz ist keine Ware billiger geworden. Der Rückgang des Schmalzpreises erklärt sich aus den stärkeren Viehverkäufen, was wieder seine Ursache in dem Futtermangel hat. Deshalb sind die Fleischpreise auch stabil geblieben. Wenn aber das verfügbare Vieh verkauft ist, dann werden die Fleischpreise sprunghaft hoch gehen. Die Preise anderer Waren sind stetig gestiegen. So z. B., um nur die exorbitanten Steigerungen anzuführen: Roggen um 29,0 pCt. auf 193,— Mk., während gleichzeitig die russischen Schweinezüchter, dank dem Skandal des Einfuhrscheine, in der Lage sind, deutschen Roggen für 150,— Mk. als Viehfutter zu kaufen. Der Skandal ist um so größer, als Deutschland aus Rußland Futtergerste zum Preise von 165,— Mk. importiert. Der größte Skandal ist aber, daß auch im neuen Reichstag die Schwarzblauen Sieger bleiben werden, da in dieser Frage der schwarzblaue Block gleich rechts von der freisinnigen Fraktion beginnt. Es lebe die Mehrheit der Linken! — Der Preis des Hafers stieg um 23,7 pCt., des Malz um 36,8 pCt., der Futtergerste um 30 pCt., des Zuckers um 67 pCt., der Speisebohnen um 25 pCt., der Linsen um 100 pCt. und der Preis der Kartoffeln schnellste gar um 120 pCt. in die Höhe.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Ernteausfall (der heiße, trockene Sommer) zu dieser Entwicklung der Preise beigetragen hat. Um so empörender ist es, wenn die Regierung, trotz der Hungerschreie, an der „bewährten Wirtschaftspolitik“ festhalten will. Hier muß der Reichstag eingreifen. Vor allen Dingen muß der Kartoffelzoll beseitigt werden. Die Kartoffel ist in meistentheils Distrikten Deutschlands das einzige Nahrungsmittel. Wenn hier nicht eingegriffen wird, dann ist die Hungersnot akut. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits einen Antrag auf Abschaffung des Kartoffelzolls eingebracht und fast sieht es aus, als ob die Regierung nicht warten will, bis der Hungertypus in die Reihen der Armeisten der Armen einbricht: es schweben „Erwa-

gungen". Noch eine Reihe Anträge, die die Not lindern sollen, hat die Sozialdemokratie gestellt. Was dabei herauskommt, müssen wir abwarten. Aber keinen unbegründeten Optimismus, bitte. Das Band, das die nationalliberale Fraktion an die Linke fesseln soll, ist weit schwächer, als die oben erwähnte G. m. b. H., durch die die Partei Drehscheibe mit den Junkern auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Zweifellos gibt es eine große Zahl von Fragen, wo die Marschrichtung der gesamten Linken dieselbe ist. Aber gerade, wo es sich um die Steuerung der drohenden Hungersnot handelt, wird die nationalliberale Fraktion versagen. *) Ihrer überwältigenden Majorität ist es aus der Seele gesprochen, was der rechts nationalliberale „Hamburgische Correspondent“ über „Teuerung und Lebenshaltung“ orakelt. Da heißt es wörtlich: „Ueber die Teuerung können sich mit Grund eigentlich nur die Renteneinpfänger beschweren, weil diese wirklich verkürzt werden (verkürzte Renteneinpfänger? Hm!), während die andern nur klagen, daß sie von ihrem Mehrverdienst keinen rechten Genuß haben.“ Glaubt man, daß diese Nationalliberalen ein Organ für die Not des Volkes haben? Die Teuerung, sagt das Blatt weiter, ist hauptsächlich entstanden, durch die Verbesserung der Lebenshaltung aller, insbesondere aber der unteren Stände.“ Wie der „Hamb. Correspondent“ diesen Beweis führt, charakterisiert folgendes: „Daß die Lebenshaltung nicht nur der Arbeiter (1), sondern aller Stände sich bedeutend gehoben hat, bedarf keines Beweises.“ Und weiter: „Von unten nach oben pflanzt sich das Streben nach Verbesserung der Lebenshaltung fort.“ In allem:

Die Nationalliberalen sind die Vertreter der Unternehmer, die Sozialdemokratie, als Kulturpartei vertritt die Interessen der Gesamtheit, und weil Kulturpartei, vor allem die Interessen der Arbeiter. Zwischen Unternehmer und Arbeiter kann es keinen dauernden Frieden geben; auch im Reichstag nicht — Politik ist nur eine besondere Seite der Wirtschaftspragen. Wirtschaftliche Interessen sind auch im Reichstag maßgebend. Deshalb ist es besser, der Wirklichkeit Rechnung zu tragen und nicht auf eine imaginäre Mehrheit der Linken zu hoffen. Diese Erkenntnis kann natürlich die Sozialdemokratie nicht hindern, dem Nationalliberalismus recht viel Gelegenheit zur positiven Mitarbeit zu geben — dann wird die Linksmehrheit schon schnell genug in die Brüche gehen.

Nehmen wir jede Gelegenheit wahr, mit Hilfe anderer Parteien unserm Ziele näher zu kommen. Allein uns selbst dürfen wir darüber nicht verlieren. Das ist für das Bürgertum

*) Der nationalliberale Staatsredner hat sich nur gegen den „südenlosen Zolltarif“ ausgesprochen, also gegen die Ausdehnung des Zolls auf Gemüse, Milch, Eier usw. Hoffentlich dreht die Scheibe sich nicht wieder.

das lähmende, schrieb am Tage nach der Hauptwahl der Berliner Korrespondent einer englischen Zeitung, daß die Zahl der Sozialdemokraten answächst, ohne je zurückzugehen. Sorgen wir also dafür, daß aus der sozialdemokratischen Wählern Parteigenossen werden. Und vergessen wir unsere Gewerkschaften nicht. Gelingt es uns nicht, die Not auf politischem Wege zu bannen, dann müssen wir mit dem wirtschaftlichen Kampf zu Hilfe eilen — gegen die Bloßbrüder!

Zur Lohnbewegung der Kohlenarbeiter und Kutscher Berlins.

Das Bestreben der Kohlenarbeiter und Kutscher Berlins, eine Regelung und Verkürzung ihrer bis dato immer noch recht lang ausgehenden Arbeitszeit herbeizuführen, konnte seit Jahren und zwar solange eine nennenswerte Organisation in den Reihen dieser Kollegen vorhanden war, beobachtet werden. Leider war dieses Bestreben bei allen stattgefundenen Bewegungen ohne nennenswerten Erfolg geblieben. Im Jahre 1900 gelang es, die bis dahin vollständige unregelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter auf 11 Stunden pro Tag festzusetzen und eine Ueberstundenbezahlung ohne Aufschlag einzuführen. Bei dieser Arbeitszeit ist es dann bis in die Neuzeit hinein verblieben. Nach der Bewegung im Jahre 1906 gelang es in einzelnen Betrieben, die 10stündige Arbeitszeit durchzudrücken. Durch die im Laufe der Jahre stattgefundenen Fusionen, d. h. Zusammenschlüsse der verschiedenen Firmen zu großen Unternehmungen, ist, wert in den meisten Betrieben die 11stündige Arbeitszeit bestand, die Arbeitszeiten in den fusionierten Betrieben nicht auf 10, sondern auf 11 Stunden festgesetzt worden, so daß zur Zeit wieder überall die reguläre Arbeitszeit 11 Stunden pro Tag betrug. Die Arbeitszeit der Kutscher war bisher vollständig unregelmäßig. Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt um 5 Uhr morgens und endet oftmals um 10 und 11 Uhr abends, dauert manchmal noch darüber hinaus, ohne daß die Kollegen irgend welche Ueberstundenbezahlung erhalten. Aus den vorgeführten Gründen dürfte es ganz erklärlich erscheinen, wenn die hier in Betracht kommende Kollegenchaft ganz ernstlich zu der Frage „Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit“ Stellung nahm. Was die Lohnverhältnisse anbetrifft, so liegen diese auch viel zu wünschen übrig. Die Kutscher erhielten für ihre 15 bis 18 Stunden täglich dauernde Arbeitszeit, zu der noch das Füttern der Pferde an den Sonntagen hinzukommt, einen Lohn von 29, 30 bis 31 Mk. pro Woche, der nur in vereinzelten Fällen übersteigt wird. Bei einzelnen Firmen wurde denselben auch noch einige Zentner Kohlen als Hausheizung gratis gegeben. — Der Lohn für Arbeiter beträgt 45 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden, d. h. von der zwölften Stunde ab, wird ein Aufschlag von 5 Pf. gewährt. Wenn sich unter solchen Verhältnissen eine Unzufriedenheit der Arbeiter und Kutscher bemerkbar machte, so wird dies jedem rechtlich denkenden Menschen begreiflich erscheinen. Wiederholt stattgefundenen Branchenversammlungen beschäftigten sich zunächst mit der Frage: „Verkürzung der Arbeitszeit“. Ein offizieller Versammlungsbeschluss wurde nicht gefaßt, sondern die Branchenvertrauensleute beauftragt, die sich notwendig machenden Maßnahmen hierfür zu beraten und zu unternehmen.

Diese wurden sich schließlich dahin einig, daß zunächst nur die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wird. Die Bezirksverwaltung richtete infolgedessen am 16. Oktober das folgende Schreiben an den Vorstand des Verbandes Berliner Kohlen Großhändler.

An den Vorstand des Verbandes der Berliner Kohlen Großhändler
Hier B. 35.
Lützowstraße 89/90.

Die auf den Kohlenplätzen Berlins und Umgegend tätigen Kohlenarbeiter und Kutscher waren am Sonntag, den 23. September d. J. zahlreich versammelt, um zur Einführung der täglich zehnstündigen Arbeitszeit in diesen Betrieben Stellung zu nehmen. Die Prüfung der Sachlage und aller hier in Betracht kommenden Momente ergab, daß in Rücksicht darauf, daß in der gesamten Industrie bereits die 10stündige Arbeitszeit besteht und in einer großen Anzahl industrieller Betriebe bereits die 11stündige Arbeitszeit seit Jahren eingeführt ist, es endlich an der Zeit wäre, daß auch im Berliner Kohlen Großhandel die tägliche Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt wird.

Die unterzeichnete Bezirksverwaltung, welche beauftragt wurde, sich zwecks Einführung der 10stündigen Arbeitszeit schriftlich an den verehrlichen Vorstand zu wenden, erkennt die Berechtigung dieser Forderung an und erlaubt sich, zur Begründung derselben folgendes zu bemerken: Abgesehen davon, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in kultureller als auch in hygienischer Beziehung als eine Notwendigkeit betrachtet werden muß, dürfte allgemein bekannt sein, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die Intensivität der Arbeitskraft gesteigert wird.

Ferner gestatten wir uns darauf hinzuweisen, daß unsere Organisation im Laufe der Jahre in den verschiedensten Großstädten Deutschlands mit den in Betracht kommenden Kohlenfirmen zum Abschluß gebracht hat, nach welchen die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich festgesetzt worden ist, z. B.

1. Mit den, dem Verein der Kohlenhändler angeschlossenen Firmen in Königsberg. (Tarisdauer von 1911—13.)
2. Mit dem Verein der am Kohlenhandel beteiligten Firmen in Hamburg (Tarisdauer 1910—13.)
3. Mit 15 Kohlenfirmen in Nürnberg. (Tarisdauer 1910—13.)
4. Mit 8 Kohlenfirmen in Brandenburg a. S. (Tarisdauer 1910—13.)
5. Mit dem Verein der am Kohlenhandel beteiligten Firmen von Bergedorf und Sande. (Tarisdauer 1910—13.)
6. Mit 13 Kohlenfirmen in München, die zusammen 500 Arbeiter und Kutscher beschäftigen. Dieser Tarif wurde vor dem dortigen Gänigungsamt abgeschlossen und gilt vom 1. 1. 1911 bis 1. 10. 1913.
7. Auch in Stettin ist mit den dortigen Kohlenfirmen ein Tarif zum Abschluß gebracht worden, welcher für die Lohnarbeiter eine Arbeitszeit von 10 Stunden täglich vorsieht. (Tarisdauer 1910 bis 1914.)

Wir sind nach alledem der Ansicht, daß es auch im Berliner Kohlen Großhandel möglich ist, die Arbeitszeit der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft, ohne irgend welche Existenz zu gefährden, auf 10 Stunden pro Tag festgesetzt werden kann. Wir richten deshalb an den löblichen Vorstand das höfliche Ersuchen, den vorgeführten Wunsch

Schmiererichtungen bei Automotoren.

Die außerordentliche Bedeutung, welche eine sachgemäß angeordnete, gut und sicher arbeitende Schmier- rühr für das einwandfreie Arbeiten einer Verbrennungsmaschine hat, ist ja jedem Chauffeur hinreichend bekannt. Manches böse Banner ist auf das Konto einer schlechten Schmiererichtung zu setzen, indem die schmierdürftigen Lager zu schlecht mit Del versorgt wurden, und durch Festsetzen derselben ein Auslaufen des Lagermetalls zur Folge hatte. Ein Warmlaufen und Festsetzen in Folge mangelnder Delversorgung des Pleuellstangenlagers hat oft die unangenehmsten Konsequenzen. Die Pleuellstange kommt, nach Lockerung der Pleuellstangenschrauben zum Bruch, und schlägt das Kurbelgehäuse in Trümmer; meistens bekommt dann der ganze Motor einen Knack und eine gründliche Revision und kostspielige Reparatur ist unumgänglich notwendig. Weikern sich die üblichen Folgen mangelhafter Delversorgung nicht immer in dieser schlimmsten Art, so wird mindestens ein zu früher Verschleiß der Kurbel- und Pleuellstangenlager die direkte Folge sein. Es tritt dann zu viel Spiel ein zwischen Lager und Welle, und der Motor fängt zu klopfen an. Mit einem klopfenden Motor noch eine größere Strecke zu fahren, wäre äußerst riskant, so bald wie möglich muß die Neulagerung des Motors vorgenommen werden, nachdem man sich natürlich gründlich davon überzeugt hat, daß das Geräusch nicht etwa von ungeschickter Einstellung des Zündmomentes seine Ursache hat. Auf die Leistung des Motors hat eine gute Delung insofern einen günstigen Einfluß, als die Reibung und somit die Erzeugung von Wärme vermindert wird. Jede Wärmeerzeugung bedeutet aber Verlust an mechanischer Energie des Motors. Auf den ersten Augenblick erscheint es nun am natürlichsten, den Motor möglichst reich mit Del zu versorgen; damit hat es aber auch leider seinen Haken. Werden nämlich die hin- und hergehenden Kolben zu stark von Del benetzt, so arbeitet sich dasselbe durch die Kolbenringe, die ja nicht absolut dicht schließen, hindurch. Das unverbrauchte Del wird von den Abgasen mitgerissen und in dicken,

blauen wohlriechenden Wolken entströmt es dem Auspuffrohr des Motors. Also auch bei der Delversorgung des Motors heißt es: allzuviel ist ungesund, leider auch manchmal für den Geldbeutel des Fahrers, indem die Hüter des Gesetzes bei qualmenden Automobilen, trotz des üblen Geruches sehr mit Strafmandaten hinterher sind. Daß das Straßenpublikum durch den unangenehm stehenden Geruch des Delqualms nicht belästigt und eventuell gesundheitlich geschädigt werden darf, ist wohl selbstverständlich. Weniger einleuchtend dürfte es jedoch sein, daß man rücksichtslos den Fahrer dafür verantwortlich macht und ihm ein Strafmandat zuschickt. Die objektive Beurteilung, ob der Fahrer schuld an seinem rauchenden Motor hat, ist natürlich aufs engste verknüpft mit der technischen Vollkommenheit der Schmiererichtung seines Motors. Wir werden also besser, erst nach Beschreibung und Beurteilung derselben, auf diese außerordentlich wichtige Frage gründlicher eingehen. Zum besseren Verständnis des Folgenden ist es vielleicht angebracht, etwas technisch allgemeines über die Notwendigkeit, den Zweck und die Wirkungsweise des Schmiermittels auf reibende Körper voranzuschicken.

Aus der Praxis des täglichen Lebens ist jedem bekannt, daß einige Tropfen Del oft kleine Wunder vollbringen können. Eine Tür, die eben noch nur schwer und unter krächzenden Geräusch zu öffnen war, geht wieder spielend leicht und geräuschlos, nachdem man einige Tropfen Del in die Angeln gebracht hat. Ein schwergehender Abschlusshahn ist wieder leicht zu drehen, wenn man etwas Fett oder Del zwischen seine Reibstellen bringt. Wie erklärt sich nun eigentlich die eigenartig vorteilhafte Wirkung von fettigen Substanzen zwischen reibenden Flächen? Zur Beantwortung dieser Frage muß man wissen, daß jeder Körper, wenn er auch noch so glatt erscheint, für das bewaffnete Auge keine Unebenheiten an seiner Oberfläche zeigt. Die Wirkung dieser kleinen Unebenheiten kann man der Vorstellung gut zugänglich machen, wenn man sie sich als kleine Widerhaken vorstellt. Es ist nun bekannt, daß, wenn man zwei Körper gegeneinander bewegen will, sich dieser Bewegung ein gewisser Widerstand entgegensetzt. Dieser Widerstand hat seine Ursache in den sich vorzustellenden Haken,

die ineinander greifen und aneinander haften wollen. Sie werden desto fester haften, je größer der Druck ist, der auf den beiden zu verschleibenden Körpern ruht. Wird nun ein Schmiermittel auf die reibenden Flächen gebracht, so werden die Haken bildenden Vertiefungen ausgefüllt, d. h. die Wirkung der ineinandergreifenden Widerhaken stark abgeschwächt. Fett und noch mehr Del hat eben die Eigenschaft, in die allerfeinsten Unebenheiten einzudringen und daran haften zu bleiben. Die Größe der hemmenden Kraft bei der Bewegung zweier Körper ist aber noch abhängig von einem dritten Faktor: nämlich von der Art und der Oberflächenbeschaffenheit der Körper selbst. Es ist bekannt, daß z. B. ein Schlitten sich mit geringerem Kraftaufwand auf einer Eisfläche bewegt; derselbe Schlitten auf einer schauflerten Straße fortzubringen, wäre nur mit größerer Kraftanstrengung möglich. Als weiterer ungünstiger Faktor ist noch die Geschwindigkeit anzuführen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Kraftaufwand ein desto größerer ist, je schneller die Körper gegeneinander bewegt werden.

Wir wollen nun, nach dieser kleinen Erläuterung in das Gebiet der Mechanik, zu unserem eigentlichen Thema zurückkehren und die eben angeführten allgemeinen Betrachtungen auf die Verhältnisse an dem wichtigsten reibenden Teil am Motor, dem Kurbelwellenlager und Pleuellstangenlager, spezifizieren. Aufgabe der Motorentechnik ist es nun, dafür zu sorgen, daß sich diese Lagerstellen, selbst bei vielstündigem Betrieb des Motors, möglichst leicht gegeneinander bewegen, d. h. also möglichst wenig Reibungsarbeit erzeugen. Wir wissen, daß die Größe dieser Arbeit beeinflusst wird von: dem Material und der Beschaffenheit der sich reibenden Flächen. Erfahrungsgemäß wird die Reibung durch die Wahl verschieden harter Materialien vermindert. Die Kurbelwelle ist aus hartem Chromnickelstahl, während die bronzenen Lagergehäuse mit Weißmetall ausgegossen werden. Die Pleuellwelle wird an den Lagerstellen aufs feinste poliert; die Lagergehäuse werden mit Hilfe eines Schabers der Lagerstelle der Pleuellwelle genau angepasst, so daß sie gleichmäßig satt tragen. Diese Wahl und Bearbeitung der Materialien sind nach langer Erprobung nach dem gegenwärtigen Stand der Motoren

einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und demselben seine Zustimmung zu geben.

NB. Am besten wäre es, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kohlenarbeiterschaft Berlins, so wie in den anderen Städten durch Tarifvertrag geregelt resp. festgelegt würden.

Auf dieses Schreiben gab der Vorstand des Verbandes Berliner Kohlenhändler die nachstehende Antwort:

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirk Groß-Berlin
E. D., Engelauer 14/15.

Infolge Ihres Wertes vom 16. d. M. hat die Lohnkommission unseres Verbandes über die von Ihnen berührte Frage eingehende Beratungen und Ermittlungen angestellt.

Schließlich ist auch eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von den Berliner Kohlenhändlern umso weniger zu tragen, als diese erst im April trotz der ungünstigen Verhältnisse im Brennstoffhandel erhebliche Opfer gebracht haben.

Verband der Berliner Kohlenhändler, E. W.
Der Vorstand.
gez. Lichtenstein.

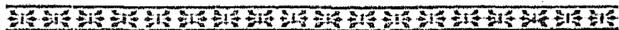
Somit hatte der Vorstand der Kohlenhändler eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. Um nicht sofort einen unnötigen Kampf heraufzubeschwören, wendete sich die Bezirksverwaltung zunächst an den Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, den Magistratsrat Herrn v. Schulz, mit dem Ersuchen, vermittelnd einzugreifen und zunächst bei dem Vorstand usw. anzufordern, ob dieser zu einer unverbindlichen Aussprache bereit wäre.

Dieser Entwurf sähe für Arbeiter eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends inkl.

einer 1/2 stündigen Frühstück-, einer einstündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause vor.

Überstunden, falls solche in dringenden Fällen nach 6 Uhr abends gemacht werden müssen, sind mit 5 Pf. Zuschlag zum regulären Lohn zu bezahlen.

Die Kutscher haben eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer 1/2 stündigen



Alkohol.

Unter heuchlerischer Maske
Nacht er sich dem Volk als „Freund“,
Aber all sein Wirken, Trachten,
Tückisch ist's und schlimm gemeint.

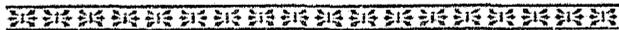
Raubt dem Volk nicht nur die Habe,
Raubt ihm auch des Körpers Kraft,
Dass sie müde wird und träge
Und zu rechter Tat erschlafft.

Schlägt den Geist in schwere Bande,
Macht den Willen untertan,
Hindert, daß des Menschen Seele
Strebt zu hohem Ziel hinan.

Füllt dem Junkerpack die Taschen,
Dass auf seinen Mammon pocht
Und das Volk, das mühseladne,
Höhnt und peitscht und unterjocht.

Proletar erkenne deutlich,
Welcher Feind der Fusel sei.
Wirf den Heuchler aus dem Hause,
Dass du mannhaft wirst und frei.

Sind es nicht genug der Joche,
Die als Arbeitsklav' du trägst,
Dass du noch aus eigenem Willen
Dies dir auf die Schulter legst?



Frühstück-, einer einstündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause.

Die Arbeit soll so eingeteilt werden, daß die Kutscher abends mit ihren Fuhrwerken auf dem Plage sind.

Für Fuhrren, welche nach 6 Uhr abends oder vor 5 Uhr morgens gemacht werden müssen, erhalten die Kutscher eine Extrabehaltung von 50 Pf. pro Stunde.

technisch das Beste. Was nun das Schmiermaterial selbst betrifft, so kommt für den Benzinmotor nur Del in Betracht. Del ist überhaupt ein besseres Schmiermittel, da es sich viel feiner auf der Oberfläche verteilt.

Die beiden schlimmsten Faktoren, welche die Zerstörung eines Lagers am meisten begünstigen, sind nun: hohe Belastung und große Geschwindigkeit. Da aber der Automotormotor bei geringerem Gewicht möglichst viel leisten muß, so sind diese beiden üblen Momente bei der Konstruktion des Motors nicht auszuschalten.

rund 25 kg pro cm². Da die Bohrung des Zylinders 9 cm ist, so berechnet sich die Kolbenfläche mit:

9² x 3,14 / 4 = 81 x 3,14 / 4 = ca 64 cm²

Da der Druck auf 1 cm² = 25 kg beträgt, so berechnet sich der Gesamtdruck auf den Kolben bzw. auf das Pleuellager bei der Explosion mit:

64 x 25 = 1600 kg

und bei der Kompression den 5. Teil, da der Druck ja nur 5 kg anstatt 25 kg beträgt also:

64 x 5 = 320 kg.

Ein derartiges Lager ist ungefähr 6 cm lang bei einem Durchmesser von 4 cm, d. h. wir haben eine nutzbare Fläche von

4 x 6 = 24 cm²

Da der Gesamtdruck von 1600 kg bei der Explosion auf das Lager kommt, so hat 1 cm² Lagerfläche einen Druck auszuhalten von:

1600 / 24 = ca. 66 kg pro cm².

Diese Zahl stellt den zur Beurteilung eines Lagers sehr wichtigen spezifischen Druck dar. Je höher diese Zahl ist, desto größer ist - bei gleicher Tourenzahl - die Wahrscheinlichkeit, daß ein Lager zum Auswärtigen neigt.

(Fortsetzung folgt.)

1912 32,50 und ab 1. April 1913 33,50 Mt. pro Woche.

Sonstige Bestimmungen.

- 1. An den Tagen vor den 3 großen Festen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, soll ohne Kürzung des Lohnes eine Stunde früher Feierabend gemacht werden.
2. Zur Einnahme der Mahlzeiten sind den Arbeitern auf den Plätzen heizbare Räume und zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke verschließbare Spinde zur Verfügung zu stellen.
3. Beschaffung von Waschgelegenheit, sowie Lieferung der dazu notwendigen Handtücher und Seife.
4. Beschaffung von Bedürfnis-Anstalten auf allen Plätzen.
5. Den Arbeitern und Kutschern ist gestattet, für jeden Platz resp. Betrieb eine Beschwerdef Kommission zu bilden, die das Recht hat, über vorzunehmende Streitigkeiten, welche sich den tariflichen Abmachungen und Beschwerden, welche sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, mit dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zwecks Abstellung derselben in Verhandlung zu treten.

Dieser Tarif hat vom Tage des Abschlusses an gerechnet, auf die Dauer von 2 Jahren Gültigkeit und verlängert sich jedesmal um ein Jahr, wenn er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Am 18. Januar ist uns dann seitens des Gewerbegerichts mitgeteilt worden, daß der Vorstand des Unternehmervereins den ihm zugestellten Tarifentwurf in einer seiner nächsten Sitzungen zur Beratung stellen wird. Wir hatten jedoch bereits für den 28. Januar eine Kohlenarbeiterversammlung in Aussicht genommen, die sich mit der Tariffache beschäftigen und über die eventuell zu ergreifenden weiteren Maßnahmen Beschluß fassen sollte.

Die am 28. Januar tagende Versammlung nahm infolgedessen die folgende Resolution an:

„Die heute versammelten Kohlenarbeiter und Kutscher nehmen Kenntnis von dem Verlauf der im Oktober 1911 angebahnten Lohnbewegung und sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Kohlenhändler den berechtigten minimalen Forderungen bisher keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben. Die Versammelten sind jedoch gewillt, die in letzter Stunde seitens der Firmen Union, Herrn Lichtenstein und der B. W. St. (Altkien-Gesellschaft) angebotenen Verhandlungen abzuwarten und den endgültigen Beschluß bis Mittwoch, den 31. Januar, auszusetzen. Die Versammelten setzen voraus, daß die Kohlenhändler ein annehmbares Zugeständnis machen werden.“

Nachdem am Montag, den 29. Januar, eine Aussprache mit der Direktion der B. W. St. und am Dienstag, den 30. Januar, eine solche mit dem Vorsitzenden Lichtenstein und Verbandsvertretern stattgefunden hatte, fanden am Donnerstag, den 1. Februar, die ersten gemeinsamen Verhandlungen der beiderseitigen Lohnkommissionen im Bureau des Verbandes Berliner Kohlenhändler statt.

In dieser Verhandlung bewilligten die Kohlenhändler den Arbeitern die 10stündige Arbeitszeit mit der Maßgabe, daß von der 11. Stunde ab 5 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt werden soll. Der Lohn, welcher zurzeit auf den meisten Plätzen 45 Pf. beträgt, sollte ab 1. Januar 1913 auf 47 1/2 und am 1. Januar 1915 auf 50 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Arbeitszeit der Kutscher sollte von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends inkl. 2 Stunden während der Pausen festgelegt werden. Für volle Fuhrren, die vor 6 Uhr morgens resp. nach 7 Uhr abends vom Plage gehen, sollten die Kutscher 50 Pf. resp. 1 Mt. als Extrabehaltung erhalten. Für Fuhrren, die nach 6 Uhr abends den Platz verlassen und die Kutscher nach Ansicht des Anweisers vor 8 Uhr abends nicht auf den Platz zurück sein können, erhalten die Kutscher ebenfalls 1 Mt., desgleichen sollte für Sonntagsfuhrren 1 Mt. und für Fuhrren, die nach 8 Uhr abends vom Bahnhof oder Bahn nach dem Plage gefahren werden, je 50 Pf. vergütet werden. Der Lohn sollen die Kutscher erhalten: bis 31. Dezember 1912 32 Mt., vom 1. Januar 1913 32,50 Mt. und vom 1. Januar 1915 33,50 Mt. pro Woche. Diese Zugeständnisse lehnte die am Donnerstag, den 1. Februar, stattgefundenen Versammlung einstimmig ab. Die Abstimmung über die sofortige Arbeitsniederlegung erfolgte nach den hierfür vorgesehenen statutarischen Bestimmungen. Demnach konnte die Arbeitsniederlegung nur beschlossen werden, wenn mindestens 1/4 der für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten länger als 3 Monate organisiert sind und sich mindestens 1/4 der Beschäftigten für den Streik erklären. Unwesend waren in der Versammlung 883 Personen. Davon wurden als stimmberechtigt anerkannt 681 Kollegen. Es stimmten 418 für und 103 gegen den Streik. 160 enthielten sich der Abstimmung. Die 1/4-Majorität erforderte in diesem Falle 544 Stimmen. Da diese nicht erzielt worden waren, durfte es auch nicht zum Streik kommen. Es hat dann am Sonnabend, den 3. Februar eine weitere Verhandlung mit den Unternehmern stattgefunden, in der weitere Zugeständnisse bezüglich des Lohnes der Arbeiter als auch in der Bezahlung der Fuhrren, die nach 8 Uhr abends erst erledigt sein

können, erzielt wurden. Nach Zustimmung einer am 4. Februar stattgefundenen Versammlung, sowie einer am 9. Februar abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung ist ein Tarif zum Abschluß gebracht worden, dessen wichtigste Positionen lauten:

A. Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeiter haben eine normale Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends einschließlich einer 1/2 stündigen Frühstückspause, einer 1/2 stündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause.

2. Ueberstunden sind nach Ansicht des Arbeitgebers in dringenden Fällen nach 6 Uhr abends zu leisten und mit 5 Pf. Zuschlag zum regulären Lohn zu bezahlen. Desgleichen ist auch die Arbeitsstunde als Ueberstunde zu bezahlen, die vor 6 Uhr morgens geleistet wird.

3. Sonntagsarbeit wird nach Möglichkeit vermieden, muß jedoch ausnahmsweise auf Verlangen des Arbeitgebers geleistet werden und wird mit einer Vergütung von 60 Pf. für die Stunde bezahlt.

4. Die Kutscher haben eine normale Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends einschließlich einer 1/2 stündigen Frühstückspause, einer 1/2 stündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause. Die Pausen sind da abzuhalten, wo sich die Kutscher gerade befinden. Die Arbeit soll so eingeteilt werden, daß die Kutscher in der Regel um 7 Uhr abends mit ihren Fuhrwerken auf dem Plage sein können.

5. Muß der Kutscher für Fuhrer, die vor 6 Uhr morgens zu machen sind, bereits vor 5 Uhr morgens antreten, so erhält er 50 Pf. für die Ueberstunde.

Nimmt die Erledigung einer beladenen Fuhrer erfahrungsgemäß bezw. nach Ansicht des Anweisers und Expedienten oder des Platzinspektors so viel Zeit in Anspruch, daß der Kutscher nicht um 8 Uhr abends auf dem Platz zurück sein kann, so erhält er für solche Fuhrer 1 Mt. Ob die Fuhrer zuschlagspflichtig ist, ist vor Verlassen des Platzes festzustellen.

Für volle Fuhrer, die nach 8 Uhr abends vom Bahnhof oder Platz nach dem Platz gefahren werden, erhalten die Kutscher 50 Pf. für die Fuhrer. Für Sonntagsfuhrer erhalten die Kutscher 1 Mt. für die Fuhrer.

6. An Sonn- und Feiertagen haben die Kutscher ohne besondere Vergütung in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags ihre Pferde zu besorgen und die Geschirre in Ordnung zu bringen. Für das Füttern der Pferde usw. an Sonn- und Feiertags-Nachmittagen erhalten die damit beschäftigten Kutscher 50 Pf.

B. Regelung der Löhne.

1. Die Arbeiter erhalten für das laufende Jahr bis 30. September 1912 einen Lohn von 45 Pf. für die tatsächlich geleistete Arbeitsstunde. Vom 1. Oktober 1912 erhöht sich der Lohn um 2 1/2 Pf. und beträgt bis 31. März 1914 47 1/2 Pf. Vom 1. April 1914 erhöht sich der Lohn um weitere 2 1/2 Pf. und beträgt 50 Pf. für die tatsächlich geleistete Arbeitsstunde.

2. Die genannten Löhne gelten nur für Arbeiter, die mindestens 2 Monate in Kohlengeschäften tätig waren; für andere Arbeiter ist der Lohn 5 Pf. niedriger für die Stunde.

3. Der Lohn für Kutscher beträgt für das laufende Jahr bis 31. Dezember 1912 32 Mt. Vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1914 beträgt der Lohn 32,50 Mt. und vom 1. Januar 1915 ab 33,50 Mt.

4. Eine Erstattung der dem Arbeiter oder Kutscher gesetzlich obliegenden Versicherungsbeiträge findet nicht statt.

5. Die Berechnung der Löhne erfolgt von Sonnabend zu Freitag jeder Woche; ihre Auszahlung findet am Sonnabend statt.

6. Der Lohn wird nur für wirklich geleistete Arbeit bezahlt. Der Arbeitnehmer kann für solche Zeiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert ist, selbst wenn die Verhinderung entschuldbar oder nicht von erheblicher Dauer ist. Für diejenige Zeit, in der die Arbeit infolge partieller Streiks der auf den Plätzen beschäftigten Mitarbeiter oder Kutscher ruhen muß, kann der Arbeiter ebenfalls keinen Lohn beanspruchen. Für diejenige Zeit, in der Arbeiter oder Kutscher durch Verschulden der Kohlenfirma oder der Kundschaft an der Arbeit verhindert werden, ist ein Lohnabzug unzulässig.

7. Eine Regelung des Lohnes für Arbeiter, die in Accord ausgeführt werden, findet nicht statt.

8. Wo bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits bestehen, sollen sie nicht gekürzt oder verschlechtert werden.

C. Sonstige Bestimmungen.

1. Der Geltungsbereich dieses Vertrages ist Groß-Berlin.

2. An den Tagen vor den drei großen Festen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll, soweit es möglich ist, eine Stunde früher Feierabend gemacht werden, ohne daß eine Kürzung des Lohnes stattfindet.

3. Zur Einnahme der Mahlzeiten sind den Arbeitern auf den Plätzen herzbare Räume und zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke angemessene Gelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist für die Beschaffung von Waschgelegenheiten und Bedürfnisanstalten Sorge zu tragen.

4. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzuheben, falls keine anderen Vereinbarungen getroffen sind.

Mafregelungen wegen Durchführung dieses Tarif-Vertrages dürfen nicht stattfinden.

5. Streitigkeiten aus diesem Tarif-Vertrag sind zunächst von einer Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Verbandes der Berliner Kohlen-Großhändler und einem Vertreter der Bezirksverwaltung Groß-Berlins des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, die beide den betreffenden Betrieben nicht angehören dürfen, zu schlichten.

6. Gelingt dies nicht, so ist der betreffende Streitfall einer Kommission zu unterbreiten, die aus drei Vertretern des Verbandes der Berliner Kohlen-Großhändler und drei Vertretern der Bezirksverwaltung Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes besteht. Der Obmann der Kommission wird durch die Handelskammer Berlin ernannt.

7. Die Entscheidung dieser Kommission ist endgültig und unterliegt nicht der richterlichen Nachprüfung.

8. Vor Beginn und während des Verfahrens vor den vorgesehenen Schlichtungsinstanzen sind Streiks, Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig.

9. Sogenannte Sympathiestreiks zur Unterstützung streikender oder ausgesperrter Arbeiter, auch anderer Gewerbe, ebenso wie Sympathieaussperrungen und das Verlangen von Streikarbeit sind nicht zulässig und gelten als eine Verletzung dieses Tarifvertrages.

10. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen und Verstöße gegen ihn mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

11. Dieser Tarif-Vertrag gilt vom Tage der Unterzeichnung bis 15. März 1915, doch hat er bezüglich der Löhne rückwirkende Kraft bis 1. Februar 1912. Er verlängert sich jedes Jahr um ein weiteres Jahr, wenn er nicht von dem einen oder anderen Vertragspartei drei Monate vor Ablauf durch Einschreibebrief aufgekündigt wird.

Verband Berliner Kohlen-Großhändler. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Somit ist es auch in Berlin für die Branche Kohlenarbeiter und Kutscher zu einem Tarifabschluß gekommen. Auch der Kohlengehaltige S t i n n e s hat somit einsehen gelernt, daß er um einen Tarifvertrag auf die Dauer doch nicht herumkommt. Was bis vor kurzem in Rücksicht auf die Zielungnahme der Kohlen-Großhändler noch für unmöglich gehalten wurde, ist jetzt zur Tatsache geworden. Wenn die in dem Tarif enthaltenen Abmachungen auch nicht als glänzend bezeichnet werden können, so ist doch eine Grundlage geschaffen worden, auf der weitergearbeitet und nach und nach Verbesserungen geschaffen werden können. Die Kollegen Kutscher haben durch die hier getroffene Vereinbarung zunächst eine Regelung ihrer bis dahin vollständig unregelmäßigen Arbeitszeit erzielt. — Auch die Kollegen Arbeiter können mit den Abmachungen zufrieden sein, wenn man betrachtet, wie schwer es im Laufe der letzten 10 Jahre gewesen ist, die Löhne etwas aufzubessern und die aufgebesserten Löhne zu halten. — Der Tarif bietet uns nun aber doch eine gewisse Garantie dafür, daß die hier festgelegten Löhne auch gezahlt werden müssen. Namentlich ist die Zusage, nach welcher herzbare Räume auf den Plätzen geschaffen und Bedürfnisanstalten eingerichtet werden, in hygienischer Beziehung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dazu kommt noch, daß eine Schlichtungskommission anerkannt ist, die sicherlich dafür sorgen wird, daß da, wo Mißstände bestehen, diese abgestellt werden. Wohl haben unsere Kollegen nach wie vor ihre Pflicht zu erfüllen, aber es sind ihnen auch Rechte eingeräumt worden, die ihnen bisher vorenthalten wurden.

An den Kollegen Kohlenarbeitern und Kutschern wird es nun liegen, zu zeigen, daß sie den Tarif zu halten verstehen und somit den Beweis für ihre Vertragsfähigkeit erbringen. Dies kann und wird nur geschehen, wenn das Organisationsverhältnis stets ein gutes ist. Wir setzen deshalb voraus, daß jeder organisierte Kollege, Arbeiter und Kutscher, alles daran setzen und soweit es die Verhältnisse gestatten, alles tun wird, um alle im Kohlenhandel tätigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Sind die Kohlenabträger und -Abträgerinnen versicherungspflichtig?

In einer ganzen Reihe von Städten, besonders in Anhalt, ist es üblich, die Kohlen, die für den Hausbedarf benötigt werden, von der Haustür in die Haushaltung durch Träger oder Trägerinnen schaffen zu lassen. Die liefernde Firma ladet die Kohlen vor der Haustür ab, vermittelt aber gleichzeitig Leute, die sie in die Haushaltung transportieren. Die Bezahler haben dafür in der Regel 3 Pf. pro Zentner an den Träger oder an die Firma zu zahlen. Der Kohlenabträger S. erlitt eines Tages dadurch einen Unfall, daß ihm beim Abtragen von Kots ein Stüchchen ins Auge flog und verletzte, so daß später eine fast völlige Erblindung eintrat. Er machte keine Entschädigungsansprüche bei der Lageri-Verufsgenossenschaft geltend. Diese kam zur Abweisung, weil der Unfall nicht festgestellt sein sollte und der Verletzte auch nicht versicherungspflichtig sei. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Dessau trat in seinem Urteil vom 16. 3. 11 (II 385/10) dieser Anschauung bei und begründete seinen Standpunkt damit, daß S. sogleich immer in Verbindung mit der Firma arbeitend, doch in keinem Arbeitsverhältnis zu ihr stehend, die Firma sei nur als Vermittlerin der Arbeit anzusehen, Arbeitgeber seien die verschiedenen Kunden,

für die S. die Kohlen abgetragen habe. Da diese Arbeit aber in den einzelnen Fällen nur von kurzer Dauer gewesen sei, war sie als unständige Beschäftigung nicht versicherungspflichtig. Auch werde die Sache dadurch nicht anders, daß in dem Falle, wo die Verlegung eintrat, der Kunde den Trägerlohn an die Firma zahlte und diese den Träger entlohnte. Der Träger sei gewissermaßen als selbständiger Unternehmer anzusehen. Gegen das Urteil wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt, das in seinem Urteil vom 10. 10. 11 (Ia 8582/11, 14a) zugunsten des Klägers entschied und das Urteil der Vorinstanz aufhob. Daß es sich bei der betreffenden Firma um einen versicherungspflichtigen Betrieb handle, sei unangewandelt. Das Reichsversicherungsamt habe keine Veranlassung gehabt, einen gegenteiligen Standpunkt einzunehmen, da die beklagte Berufsgenossenschaft sich für zuständig zur Behandlung der Unfallsache gehalten hat. Die Ausführungen des Schiedsgerichts, daß der Kläger zur fraglichen Zeit in keinem Arbeitsverhältnis zur Firma S. u. K. gestanden hat, kann nicht gebilligt werden. Sie beruhen auf einer unzutreffenden Würdigung der Aussage des Inhabers der Firma. Ob dieser sich für den Arbeitgeber des Verletzten gehalten hat oder nicht, ist unerheblich. Ebensovienig ausschlaggebend ist, wer für die Leistungen des Klägers Zahlung geleistet hat. Von Bedeutung ist versicherungspflichtig in erster Linie, von wem der Kläger persönlich und wirtschaftlich abhängig gewesen ist. Die Firma war diejenige, die ihm die Arbeit zuwies, von der er abhing, deren Anordnungen er sich zu fügen hatte. Daher sei seine Beschäftigung auch versicherungspflichtig und die Lageri-Verufsgenossenschaft zur Zahlung zu verurteilen. Daß während der fraglichen Beschäftigung mit Einverständnis des Klägers keine Umelassung und Versicherung bei der zuständigen Krankenkasse erfolgt war, wurde ebenfalls als unerheblich angesehen. Der Versicherte erhält nunmehr eine Rente von 25 pCt.

Die Rechnungsergebnisse der Unfallversicherung im Jahre 1910.

Die soeben vorgelegten Nachweisungen über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1910 zeigen wiederum, welchen Krebsgang die Unfallversicherung geht. In der Organisation der Versicherung sind keine Veränderungen eingetreten. Infolge der Belebung des Arbeitsmarktes stieg bei der gewerblichen Unfallversicherung die Zahl der versicherten Betriebe von 715 593 im Jahre 1909 auf 725 109 im Jahre 1910, die Zahl der versicherten Personen von 9 003 908 auf 9 331 878. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden für das Jahr 1910 wie für die Vorjahre 5 434 100 Betriebe mit 17 179 000 Versicherten angegeben. Diese Zahlen beruhen auf Schätzungen. Im Dienste der Unfallversicherung stehen 26 646 Vertrauensmänner, 4470 Verwaltungsbeamte und 383 technische Aufsichtsbeamte.

Die Zahl sämtlicher im Jahre 1910 zur Anmeldung gekommener Unfälle betrug 615 768. Damit kommen auf 1000 gewerbliche Versicherte 51,60 Unfälle. Demgegenüber ist die Zahl der entschädigten Unfälle wiederum erheblich zurückgegangen und zwar von insgesamt 139 070 im Jahre 1909 auf 132 064 im Jahre 1910. Der Grund hierfür ist selbstverständlich darin zu suchen, daß die Berufsgenossenschaften immer „sparsamer“ geworden sind und eine immer größer werdende Zahl von Verletzten mit ihren Ansprüchen abgewiesen wird. In der gewerblichen Unfallversicherung kommen auf 1000 versicherte Personen 7,39 entschädigte Personen. Noch vor wenigen Jahren waren es 12,00. Gegenüber dem Vorjahr haben die als dauernd völlig erwerbsunfähig Erklärten von 1118 auf 1072 abgenommen. Nur halb Tote werden noch als dauernd völlig arbeitsunfähig erklärt. Die Unfälle mit tödlichem Ausgang haben von 9363 auf 8657 abgenommen. Auch hier ist die Ursache der Abnahme darin zu suchen, daß immer seltener ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tod anerkannt wird. Wer nicht tot bei der Unfallstelle liegen bleibt, gilt nicht als durch Betriebsunfall gestorben. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, welche erstmalig Entschädigung erhielten, ist von 19 967 im Jahre 1909 auf 18 651 herabgegangen.

Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge bei allen Versicherten betrug 163 326 820 Mt. Bei den 114 Berufsgenossenschaften allein betrug sie 147 991 453 Mt. gegen 146 302 256 Mt. im Jahre 1909. Das wäre allerdings eine kleine Zunahme der Entschädigung; doch bedeutet diese gegen die erhebliche Zunahme der Unfälle und die gestiegenen Löhne, welche ja die Grundlage der Rentenberechnung bilden, recht wenig. Die gesamten Berufsgenossenschaften verwendeten 1910 noch auf: für Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartzeit (der ersten 13 Wochen nach dem Unfall) 1 085 142 Mt., Kosten der Unfallunterstützung und der Feststellung der Entschädigung 5 495 116 Mt., Kosten des Rechtsganges (Schiedsgerichtskosten usw.) 2 541 539 Mt., laufende Verwaltungskosten 15 683 175 Mt. usw.

Die Gesamtausgabe aller Träger der Unfallversicherung im Jahre 1910 betrug 212,1 Millionen Mt. Damit entfallen auf einen Versicherten 7,70 Mt. und auf einen gemeldeten Unfall 316,76 Mt. An Entschädigungsbeträgen entfallen auf einen im Rechnungsjahr entschädigungspflichtig gewordenen Unfall 160,39 Mt. Die Summe der tatsächlich verdienten Löhne wird bei den 9 199 925 gewerblichen Versicherten auf 9 187,6 Millionen Mt. angegeben.



Ein nobler — ein ehrenwerter Herr. Wir brachten in der Nummer 6 des „Couriers“ eine Notiz über „Benzinvergiftung“, die wir dem „Motorfahrer“ entnommen hatten. Wie wir jetzt von durchaus vertrauenswürdiger Seite erfahren, hat sich die Sache ganz anders abgespielt. Da der Verlauf der Affäre gleichzeitig die Noblesse und den Kunstanspruch eines Besitzers beleuchtet, geben wir den Vorgang wortgetreu wieder, wie er uns geschildert wurde.

Der Chauffeur sollte am 15. Januar d. J., wie jeden Morgen, die Kinder seines — Herrn, Rentier Robert Radebusch, Berlin, Fontaine-Promenade 1, zur Schule fahren. Er kam um 7 1/2 Uhr in die Garage, Rossenerstraße 49. Da er der Kälte wegen abends das Wasser aus dem Kühler abgelassen hatte, füllte er frisch auf. Der Benzintank des 42 PS. Fordwagens liegt nicht unter dem Führer, sondern zwischen den Hinterrädern. Der Benzin wird durch Druck vorgepumpt. Im Kniestück des Benzinrohrs hatte sich nun eine dünne Eisschicht gebildet, wodurch natürlich das Vordrücken des Benzins verhindert wurde. Um das Hindernis zu beseitigen, stieß er mit einem Draht das Eis durch und pumpte dann Druck auf. Der Kollege drehte an und ließ den Motor eine Weile laufen, damit er warm würde. Da der Kollege stark erkältet war, merkte er nicht, daß sich ein leichter Qualm entwickelte. (Der Wagen hat eine automatische Dichtung.) Er wurde dies weniger gewahr, als er der Kälte wegen, das Tor verschlossen hielt und die Garage eine künstliche Beleuchtung nicht hat. Wenn der Wagen in der Mitte steht, ist auf jeder Seite ein Platz von einem halben Meter Breite. Die beschränkten Raumverhältnisse, sowie der Mangel einer Abzugsaugflappe bewirkten, daß die Luft schnell verdorben war. Dem Chauffeur wurde es plötzlich schwarz vor Augen. Mit der letzten Anstrengung schlang er den Benzinhebel nach unten und wollte dann aus der Garage eilen. Halb betäubt, gelang es ihm nicht, schnell genug den engen Weg zwischen Wand und Wagen zu passieren, direkt vor der Tür wurde er benimmungslos und schlug nieder. In der verqualmten Garage lag er nun über eine Stunde, bei 15 Grad Kälte, bestimmungslos am Boden. Wenn nicht zufällig die Portierfrau des Hauses herein gekommen wäre, dann wäre unser Kollege zweifellos ein Opfer der vorhin erwähnten Krankheit der Garage geworden. Er wurde nun ins Urbanfrankenhaus gebracht und kam nach mehrtägiger Behandlung in Privatpflege. Bei dem Sturz hat er sich außerdem eine Rippenfraktur zugezogen.

Aber ein Unglück kommt selten allein. Jetzt sollte der Rentier Radebusch ein Zeugnis seines glänzenden sozialen Verständnisses ablegen. Bereits am ersten Tage der Erkrankung schickte der Herr dem, im Verzug Berunglückten, die Kündigung ins Haus. Er könne einen an — Epilepsie leidenden Chauffeur nicht brauchen. So wenig unser Kollege an Benzin- oder Benzolvergiftung erkrankte, ebensowenig leidet er an Epilepsie. Radebusch ist Rentier, er braucht es nicht zu wissen, aber sonst weiß jeder Mensch, daß wohl auch Vergiftung, aber nicht Epilepsie mit Sauerstoff behandelt wird.

Soweit der Bericht. Wir möchten noch hinzufügen, daß der Rentier Radebusch sich im Irrtum befindet, wenn er glaubt, durch die plötzliche, unsoziale Entlassung allen Verpflichtungen enthoben zu sein. In dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, dafür sorgt der Deutsche Transportarbeiterverband. Wir möchten im Anschluß daran noch jedem Kollegen bringen, der versuchen, alle derartige Fälle der Organisationsleitung mitzuteilen. Der Deutsche Transportarbeiterverband gibt die Gewähr, daß die Kollegen zu ihrem Recht kommen.

Eine bedauerliche Erscheinung. Schon mehrfach ist von Steglitzer Droschkenchauffeuren Klage geführt worden, daß sie von Berliner Droschkenchauffeuren mit wenig schmeichelhaften Kosenamen belegt werden, wenn sie einen Fahrgast nach Berlin gebracht haben und dann leer zurückfahren müssen. Dieser Mangel an Kollegialität ist uns bedauerlicher, als die Berliner Kollegen — nach eigener Bekundung — in Steglitz recht zuvorkommend und kollegial behandelt werden. In den meisten Fällen werden die Berliner Droschkenchauffeure, die sich durch Beschimpfung der Steglitzer Kollegen selbst ihre Lebensgrundlage verlieren, nicht Mitglieder unserer Organisation sein; das Hauptkontingent stellen die selbständigen Chauffeure, immerhin ist es Pflicht unserer Berliner Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschimpfungen der Steglitzer ein Ende nehmen.

Vollzeitliche Schikane vor dem Landtag. Bei der Beratung des sächsischen Landtages, zweite Kammer, über Kapitel 48 des Staatshaushaltsetats, Polizeidirektion zu Dresden betreffend, nahm der sozialdemokratische Abgeordnete, Verbandskollege Richter das Wort und führte u. a. aus: „Ich muß feststellen, daß das sogenannte Schikaneverfahren gegen alle, die im Verkehrsleben stehen, sich neuerdings auf den Automobilverkehr zu übertragen scheint. Was früher für den Droschkenkutscher zutrifft, das

trifft jetzt auf den Automobilverkehr zu; dieser hat das Erbe angetreten. Ich weiß sehr gut, daß im Automobilverkehr, der noch ein junges Gewerbe ist, noch manche Auswüchse zeigen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des Publikums abgestellt werden müssen, und daß vor allen Dingen die Polizei ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten hat. Aber was man darunter versteht, darauf kommt es im wesentlichen an, und ich glaube, daß seitens der Polizeiverwaltung und ihrer Organe mit der Befähigung des Automobilverkehrs Personen betraut worden sind, die die notwendigen Vorkenntnisse über das Automobilwesen nicht besitzen, demzufolge auch nicht in der Lage sind, darüber ein Urteil zu fällen, ob ein Vergehen mit Strafe geahndet werden muß oder nicht. Bei der ganzen Art aber ist eine Einrichtung maßgebend, die meine Mißbilligung und auch die meiner Parteifreunde finden muß. Auch in Dresden sind die Polizeiorgane, namentlich die unteren Polizeiorgane, gezwungen, jährlich oder zu bestimmten Zeiten eine bestimmte Anzahl von Anzeigen zu bringen. Der Schutzmann kann nicht schematisch nach so und soviel Schad seine Anzeigen erstatten. Das geht doch nicht an! Es wird immer wieder Fälle geben, wo ein pflichterfüllter Beamter einfach sagen muß, daß er das sogenannte Depuitat, die Pflichtzahl seiner Anzeigen, nicht erreichen kann. Man wird nun vielleicht bestreiten, daß eine Vorschrift besteht. Ich will darauf aufmerksam machen — (Zwischenruf des Ministers) — jährliche Tätigkeitsberichte gibt es ja wohl, diese Überichten der Polizeibeamten beruhen auf Vorschriften, namentlich die Pflichtanzahl. Denn was geschieht, wenn ein Polizeibeamter seine Tätigkeitsübersichten so bringt, daß sie nicht nach recht viel ausfallen? Dann wird er, und wenn es ein 50 oder 55 Jahre alter, im Dienste ergaunter Beamter ist, von einem jungen Polizeileutnant, der vielleicht erst sein erstes Examen machen will, einfach abgerufen, und wenn er sich das nicht gefallen lassen will, wenn er sich als besserer Beamter zeigen will, der vorwärts strebt, dann ist er gezwungen, mehr Anzeigen zu bringen. Und worauf läuft das hinaus? Dann werden Bagatellen aufgebaut, und dann kommen Strafverfahren zustande, die mehr oder weniger tief in das Privatleben der Bürger einschneiden.“

Dem Minister war diese ungeschminkte Darstellung der maladen Verhältnisse augenscheinlich unangenehm. Trotzdem bekräftigte er, daß es besser wird. Die Polizei...

Beleuchtung von Kraftwagen. Der Landrat des Kreises Teltow, Herr von Achenbach, erläßt folgende Bekanntmachung: Wegen des Kraftwagenverkehrs bilden unbeluchtete Fuhrwerke auf den Straßen vor den Türen der Hauptstadt eine stets wachsende Gefahr. Es muß deshalb allen Wagenführern die Innehaltung der polizeilichen Vorschriften über die Beleuchtung der Fuhrwerke zur strengsten Pflicht gemacht werden. Die Polizeibeamten sind angewiesen, ihr besonderes Augenmerk auf Zuwiderhandlungen zu lenken und jede Übertretung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

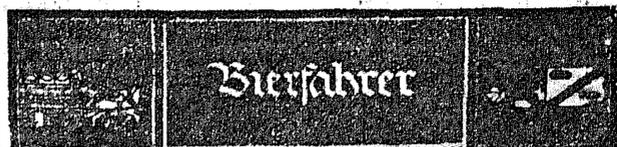
Hamburg. 1. Versammlung am 7. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen S. Berward in üblicher Weise gelehrt. Den Bericht der Sektionsleitung erstattete Albrecht. Neben führte den Versammelten die gestrigen Mitgliederzahlen der einzelnen Gruppen und die verschiedenen Bewegungen vor Augen. Die Kollegen Straßenbahner haben in ihren Reihen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten und rege dafür zu agitieren, daß diese Kollegen auch einmal so weit kommen, ihr Koalitionsrecht frei auszuüben; den Wert einer strengen Organisation werden sie, wie jeder andere Arbeiter am eigenen Leibe zuerst spüren. Die Sektionsleitung war bemüht, mit dem „Verein der Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen“ eine Einigung zu erzielen, jedoch sah die Ortsverwaltung und auch unsere Versammlung keinen Grund, jenem Häuflein Fahnenflüchtiger noch weitere Konzessionen zu machen, und haben sich aus diesem Grunde die Verhandlungen zerstreut. Die Kraftwagenführer waren bestrebt, auf der ganzen Linie einheitlichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und mußte im Laufe des Jahres in einigen Betrieben, allerdings auf kürzere Dauer die Arbeit eingestellt werden. Dieses Vorgehen war stets mit vollem Erfolg gekrönt. Die Kraftwagenführer werden aber auch auf dem Posten sein, wenn durch die Einführung der Benzindroschen eine Umwälzung eintreten sollte. Diese Gruppe hatte im vergangenen Jahre das zweifelhafte Vergnügen, in Form von Strafverfügungen die Summe von 6000—7000 M. an die Hamburger und Altonaer Polizeikasse gezahlt zu haben. Eine erst in diesem Jahre durchgeführte Lohnbewegung bei der Firma J. A. Schlüter söhne, die mit einer Lohnerhöhung von 10 M. pro Monat endete, zeigt so recht, wie dankbar der größte Teil der dort Beschäftigten unserer Organisation gegenüber ist. In die Sektionsleitung wurden die Kollegen Albrecht, Reineuber, Müller, Born, Spier, Weithien und XX. gewählt. Ferner in die Ortsverwaltung der Kollege Charpentier, als Revisor der Kollege Grass, und in den Gaudvorstand Albrecht vorgeschlagen. Nachdem die Fahnenkommission und die Zirkontrulleure gewählt, wurde nach Erledigung einiger Internas die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Pflichtwidrige Behandlung des Kraftwagens ein Grund zur sofortigen Entlassung

des Chauffeurs. Eine Leipziger Automobilvertriebsgesellschaft hatte einen Chauffeur mit einem Monatsgehalt von 130 M. und freier Wohnung für ihren Automobilomnibusverkehr zwischen zwei Orten der Umgegend engagiert. Der Gesellschaft lag besonders daran, einen tüchtigen und zuverlässigen Mann zu bekommen, weil durch ihren Omnibus auch die Postfächer, Briefe und Pakete befördert werden sollten. Am 10. Januar hat die Gesellschaft den Chauffeur ohne Kündigung entlassen und dieser klagte nun vor dem Gewerbegericht auf Herausgabe seiner Station in Höhe von 1500 M. und Zahlung seines Lohnes bis zum Ablaufe seines Engagementsvertrages. Der Vertreter der beklagten Gesellschaft machte geltend, daß man einen sehr tüchtigen Grund zur sofortigen Entlassung gehabt habe, der Chauffeur habe nämlich den Straßwagen in einer geradezu unerhörten Art und Weise behandelt. Er habe mit dem Omnibus unterwegs eine Paune gehabt, das könne vorkommen, aber daß ein Chauffeur den beschädigten Wagen dann noch in Grund und Boden fahre und ihn schließlich bei strenger Kälte mitten auf dem Felde stehen lasse, so daß der Kühler vollständig auseinanderfrot, und dann seiner Wege gehe und sich um gar nichts mehr kümmere, das könne sich doch kein Mensch gefallen lassen. Das Gewerbegericht ließ den Kläger nicht im Unklaren, daß seine Entlassung berechtigt gewesen sei, er hat an die Gesellschaft 50 M. Schadensersatz zu zahlen und bekommt seine Station ausgezahlt.

Magdeburg. Am 1. Februar tagte eine Versammlung der Chauffeure. Der Vorsitzende Kollege Eckstein gab den Bericht für das Jahr 1911, nach welchem 6 allgemeine und 8 Droschen-Chauffeurversammlungen abgehalten wurden. Außerdem machten sich 4 Sitzungen der Branchenleitung nötig. Ferner wurden 2 Sitzungen mit den Straßdroschenbesitzern wegen des famosen Arbeitsvertrages abgehalten, der den Chauffeuren zur Unterschrift vorgelegt, aber von diesen nicht unterschrieben wurde. Die Besizer werden es sich ja überlegen, ob sie überhaupt noch einmal einen Vertrag vorlegen wollen. Mit dem ersten haben sie ein recht klägliches Fiasko gemacht. Des weiteren berichtete der Vorsitzende über die Unterredung mit dem Vertreter des Herrn Polizeipräsidenten über die eingereichten Abänderungsanträge der Straßenpolizeiverordnung. Dabei konnte leider für unsere Kollegen nichts herausgeholt werden. Die Kollegen müssen dafür sorgen, daß am Schlusse des Jahres 1912 es keinen unorganisierten Kollegen mehr in Magdeburg gibt. In der Diskussion gab der Kollege Schwierstein einen kurzen Bericht über die Entwicklung der gesamten Organisation im Jahre 1912. Auch gelehrt er in kurzen aber fertigen Worten die bestehende, und unzuwidernde Polizeiverordnung. Sollte die Verordnung, wie sie die „Magdeburger Zeitung“ brodenweise bekannt gibt, zur Einführung gelangen, so müssen wir uns ganz energisch dagegen wehren, da ja nur die Chauffeure es wieder wären, die durch diese Verordnung getroffen würden. Sodann wurde die Renwahl der Branchenleitung vorgenommen: 1. Vorsitzender Kollege P. Eckstein, 2. Vorsitzender Kollege J., 1. Schriftführer Kollege K., 2. Schriftführer Kollege J.; als Beisitzer die Kollegen B. und Sch. Nachdem nun der Vorsitzende auf die Bezirks- und Generalversammlung aufmerksam gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Münzberg-Fürth. In der am Donnerstag, den 8. Februar, abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion Chauffeure wurde seitens der Sektionsleitung der Tätigkeitsbericht über das letzte Jahr gegeben, aus dem zu ersehen war, daß auch auf diesem Gebiet der Organisationsgedanke mehr und mehr an Boden gewinnt, es dürfte sich aber das Tempo noch beschleunigen, um mit der Entwicklung der Verhältnisse gleichen Schritt zu halten. Durch lebhaftes Diskussion wurde im Lauf der Versammlung festgestellt, daß bei vielen Kollegen der Vertrauensdusel noch so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß sie den Ernst der Situation verkennen. Als ein ungesundes Verhältnis wurde weiter bezeichnet, daß einige Mitglieder, die inzwischen Besizer von Kraftfahrzeugen und somit auch Mitglieder der Unternehmervereinigung wurden, es immer noch über sich bringen, den einen Tag in einer Mitgliederversammlung der Sektion der Chauffeure unseres Verbandes, und den anderen Tag oder vielleicht noch am selben Abend im Kreise der Arbeitgeber mitzubereiten und zu beschließen. Unter diesen Umständen wird in Zukunft der Zutritt dieser Kollegen zu Mitgliederversammlungen der Chauffeure von der betreffenden Tagesordnung abhängig gemacht werden müssen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die stark besuchte Versammlung noch den Appell, die neugewählte Sektionsleitung in der Agitation nach Kräften zu unterstützen, und dafür zu sorgen, daß der verwerfliche, die Arbeiterbewegung so schwer schädigende, Kasstengeist aus unseren Reihen verschwindet, und mit dem Ganzen mehr Fühlung genommen wird, um mit vereinten Kräften das zu erreichen, was wir erstreben.



Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal. (Lohnbewegung in den Brauereien.) Seit 1. Januar ist

der Tarif abgelaufen. Seit zwei Monaten finden auch bereits Verhandlungen mit den Brauereien statt, die aber noch zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben. Als Kardinalpunkt ist die Regelung der Arbeitszeit für die Bierkutscher zu betrachten. Bereits im Jahre 1909 setzten die Arbeitgeber uns den größten Widerstand entgegen. Die Mehrheit der Kollegen glaubte, daß mit der damaligen Fassung des Tarifes schon zur Genüge die Regelung der Arbeitszeit präzisiert sei. In der Praxis richteten sich die Unternehmer nach dem Wortlaut des Tarifes und nicht nach der Meinung der Arbeiter bei den damaligen Verhandlungen. Im alten Tarifvertrag war folgende Bestimmung enthalten. Die Arbeitszeit der Kutscher dauert von morgens 5 Uhr bis abends 6 Uhr mit der Maßgabe jedoch, daß, wenn die Ausfahrten bis dato nicht beendet sind, auch noch länger gefahren werden muß. Bei Fahrten über Land richten sich Beginn und Dauer der Arbeitszeit nach dem jeweiligen Bedürfnis. Die Arbeitgeber haben dieses unbeschränkte Recht, ihre Kutscher nach Herzenslust auszubenten, im weitgehendsten Maße ausgenutzt. Sie glauben nun, daß dies auch für die Zukunft so bleiben müsse, darum setzen sie einer Regelung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegen. Aber nicht allein, daß man den Bierkutscher unbeschränkt ausbentet, auch bei seiner Entlohnung verfährt man in derselben Weise. Man schafft mehrere Lohnklassen innerhalb der Brauereien und setzt den Fuhrmann an dritte Stelle. Also täglich einige Stunden mehr Arbeitsleistung als die übrigen Arbeiter, und dann obenrein in der Woche noch einige Mark weniger Lohn.

Das standalbfeste an dem alten Tarif, an dem, wie schon erwähnt, die Brauereibesitzer mit allen Fasern hängen, ist, daß man Anfänger als Hilfsfahrer stempelt und sie in die niedrigste Lohnklasse einrangiert. Ein Fuhrmann, der außerhalb der Brauereien mehrere Jahre gefahren hat, muß, wenn er in eine Brauerei kommt, sich gefallen lassen, daß er als Lehrlinge behandelt und bezahlt wird. Er muß mit den übrigen Kutschern die Arbeitszeit beginnen und enden und erhält dafür den Lohn, wie der niederste gestellte Hofarbeiter, der wenigstens noch bei einer 9/4 stündigen Arbeitszeit einen gleichen Lohn verdient hat.

Die Brauereidirektoren wissen zwar, daß dieser Zopf unhaltbar ist, und daß alle Mäzchen von der Unkontrollierbarkeit der Kutscher leerer Bahn sind, sie versuchen aber trotzdem, mit einer Fälschung daran festzuhalten, als wenn die Existenz der ganzen Brauereien davon abhängt.

Wir werden uns jedoch unter keinen Umständen wieder mit den alten Bestimmungen abfinden. Was es kommen wie es will. Die Bierkutscher haben sich Jahrzehnte lang knechten und entrechten lassen. Sie sind aufgewacht und sind sich ihrer menschlichen Würde bewußt, sie werden unter allen Umständen an einer Regelung der Arbeitszeit festhalten. Die Arbeitgeber müssen sich mit dieser Forderung abfinden, wenn es ihnen auch schwer fällt.



Berlin. In der Branchenversammlung am 7. Februar wurde der Jahresbericht gegeben. In den Versammlungen des Vorjahres wurden 3 technische, 4 sozialpolitische und 4 allgemeine Vorträge gehalten. Ferner fanden 4 Agitationsversammlungen und 10 Betriebsbesprechungen statt. Sowohl in die Vertretung der allgemeinen, wie auch der kaufmännischen Ortskrankenkasse wurden Kollegen als Delegierte gewählt. In die Branchenleitung wurden delegiert: Wollack, Leiter; Bonowski, Stellvertreter; Bachmann, Vorwardt, Frank, Laube und Rehem, Beisitzer. Dann wurden einige Anträge zum Verbandstage besprochen. In der nächsten Branchenversammlung wird wieder ein technischer Vortrag gehalten werden.



Bochum. Eigenartige Arbeitsverhältnisse herrschen in dem Glasreinigungs-Institut S. Herms zu Bochum. In dieser Betrieb an und für sich schon immer ein Laubenschlag gewesen, so liegt das meist an dem Herms selbst und dann war auch hier immer so recht der Tummelplatz der fliegenden und fahrenden Fensterputzer. Als vor einiger Zeit mal waschechte Berliner, die mit dem Willen nicht viel Federlesens machten und stets die Wahrheit sagten, wo sie angebracht ist, nach einer Tagesarbeit keinen Lohn erhielten, machten sie Schluß. Als ein Putzer nun zwei Tage später seinen Lohn holen wollte und Herr Herms dabei in seiner Sonntagstruhe gefährt wurde, wählte sein Aftersblut auf und mit Hilfe des Sohnes wurde der Putzer mit Stahlstöcken bearbeitet. Einem anderen Kollegen, der es sich angelegen sein ließ, die dort beschäftigten Putzer der Organisation zuzuführen, wollte man, als er krank war, den Laufpaß geben. Da der Kollege sich auf die Kündigungsfrist berief konnte er noch 8 Tage arbeiten und wurde dann gekündigt. Als der Putzer nach dem Grund der Entlassung fragte, meinte Herr Herms, der Kollege leiste nicht genug. Während der Kündigungszeit erfuhr aber der Kollege den wahren Grund. Dem Hochwohlwollenden, aufgestachelt durch

verschiedene Führerwerksbesitzer, war der Kollege schon lange ein Dorn im Auge wegen der ständigen Agitation, die derselbe betrieb. Es galt, den Mann in Bochum unmöglich zu machen. Die Polizei teilte Herrn Herms mit, der Putzer habe während seiner Krankheit Wahnsinnsblätter verbreitet. Ebensovienig wie mit dem Flugblattverteiler stimmt es mit der Münderleistung, das Tourenpensum des Putzers brachte dem Herrn Herms 9-10 Mark täglich ein und der Putzer erhielt nur 4 Mark den Tag. Na, deshalb verhungert unser Kollege nicht, denn es gibt noch anderwärts Brot. Der Herr Mentier will nicht zu viel riskieren, deshalb hält er den Putzern auch noch etwaige Bruchschäden ab. So sind einem Putzer, ohne weiteres 7 Mark für eine Marmorplatte abgezogen worden. Wann werden sich die Putzer einmal darauf besinnen, sich in solchen Fällen an ihre Organisation zu wenden. Aufrechnungen am Lohn sind unter allen Umständen gesetzlich nicht erlaubt. Den Putzern mögen diese Zeilen die Augen öffnen. Kurz sei hier noch erwähnt, daß die Firma Moog ihren Putzern seit 1. Januar 1912 das Kranken- und Sichegeld, welches sie bis dorthin selbst zahlte, für die Folge abziehen wollte. Durch Vorstelligwerden seitens der Organisationsleitung ist diese Maßnahme zurückgezogen und die Kollegen haben pro Woche wieder 75 Pf. mehr als dem Unternehmer lieb ist. Fensterputzer im Ruhrrevier sorgt, daß jeder Kollege sich organisiert, damit wir zur gegebenen Zeit all den Unternehmern Trost bieten können.

Kattowitz. Tarifierneuerung bei der Firma Pollak's Nachf. Seit circa 4 Jahren stehen wir mit der Firma Pollak's Nachf. in Kattowitz im Tarifverhältnis und hierbei sind beide Teile — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — gut gefahren. Differenzen, die ja schließlich in jedem Betriebe vorkommen, wurden immer in beiden Teilen befriedigender Weise geschlichtet. So war es aus diesmal möglich, nachdem im Dezember 1911 der alte Tarif abließ, auf der Grundlage desselben wieder einen neuen abzuschließen. In dem neuen Tarif beträgt der Anfangslohn 24 Mark statt früher 23 Mark; der Höchstlohn beträgt jetzt 27 Mark statt früher 26 Mark. Mischlohnputzer erhalten jetzt pro Tag 4,50 Mark statt früher 4 Mark. Alle übrigen Positionen wie Arbeitsregelung und Sommerurlaub bleiben bestehen, wie im alten Tarif. Der Tarif hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1913.

In ober-schlesischen Industriegebiet bestehen zur Zeit in der Glasreinigungsbranche drei Tarifverträge — Pollak-Kattowitz, Pollak-Jabrze und Kaiser-Rönigshütte. Die Kollegen Putzer haben bei allen drei Firmen geordnete Arbeitsverhältnisse und anständige Löhne. Der Verbandsvertreter hält darauf, daß beide Teile den Vertrag einhalten. Die Kollegen Putzer, die bei den Vertragfirmen arbeiten, haben alle Ursache, ihre Pflichten voll und ganz zu erfüllen, gilt es doch, den anderen Herren Arbeitgebern und Putzern zu zeigen, daß dort, wo Tarifverträge bestehen, ein viel gesicherteres und besseres Arbeitsverhältnis besteht als dort, wo keine Verträge abgeschlossen sind. Im Industriegebiet — in Beuthen und in Gleiwitz — gibt es noch eine Menge Putzer, die sich dem Verband noch nicht angeschlossen haben; — wären sie es, hätten wir vielleicht auch mehr Tarifverträge. Hoffen wir, daß die Kollegen aus obigen Zeilen das Nötige lernen.



Berlin. Die Branche der aus den Chemikalien-geschäften beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 31. Januar mit der Erhebung des Ortszuschlages. Nach einem Referat und ausführlicher Diskussion wurde die Erhebung des Ortszuschlages mit großer Majorität beschlossen. Dann wurde der Jahresbericht gegeben. Der Lichtbildvortrag vom 25. November hat einen Uberschuß von 100,25 Mark ergeben. In die Branchenleitung wurden folgende Kollegen gewählt: Kollege Paul Pinncke, Branchenleiter; Willy Schulz, Stellvertreter; als Schriftführer der Kollege Alfred Mischlich und als Beisitzer die Kollegen Puch, Sandmann, Steffen, Wittner und Frau Thiele.

Breslau. Die Arbeitsverhältnisse im "K o t e n M a d l e r - I n s t i t u t". Eine Studienreise durch die 15 Breslauer Adler-Institute zeigt, daß das oben erwähnte ebenfalls so beschaffen ist, wie man es in anderen rückständigen Betrieben vorfinden kann. Wir können in diesem Institut feststellen, daß die Angestellten u. a. bei einer Arbeitszeit von 11-12 Stunden den horrenden Wochenlohn von 10-11 Mark, nebst 5 pCt. erhalten. Was das wichtigste ist, ist an Pausen vorgesehen: 1/2 Stunde für Frühstück, 1 1/2 Stunde für Mittag und 1/2 Stunde für Vesperpause. Welchen Nutzen die Angestellten aber von diesen Pausen haben, zeigt folgender Fall. Ein Note, welcher von früh 10 bis Mittag 1 Uhr nicht von seinem Made gekommen ist, wollte zu Tisch gehen, da wurde ihm aber von der Chefin erklärt, daß er noch fahren müsse. Der Note bestand aber auf seinem Recht mit dem Bemerkten, er müsse zu Tisch gehen, da er sonst kein Mittagessen erhalte. Die Chefin war natürlich über den Ungehorsam (?) ihres Angestellten sehr empört und rief ihm zu: "daß ist Dienstreue - weigerung, Sie sind entlassen!" — Aber noch ein anderes Beispiel gibt Aufschluß über die Drangsalierung der Angestellten von Seiten der Chefin. Im Arbeitsvertrage, welcher mit jedem Angestellten abgeschlossen wird, steht in § 4: "Der Note verpflichtet sich, wenn er an der Arbeit ist, die Destrade wege der städtischen Krankenkasse zu er-

ledigen". — Die Chefin hatte hier zwei Angestellte ganz besonders scharf im Auge, und so veranlaßte sie zwei Note, für die Krankenkasse zu fahren, obwohl dieselben die Woche vorher erst den genannten Dienst verrichtet hatten. Der Umstand trägt hier sehr viel dazu bei, daß bei diesen Arbeitern die Prozente wegfallen, die Betreffenden also für den hohen Lohn von 11 Mark ihre Arbeitskraft hergeben müssen. Aber noch eine andere für den Unternehmer "moderne" Einrichtung ist hier geschaffen, um die Angestellten für billiges Geld recht lange an die Arbeit zu fesseln: die Note haben abwechselnd alle sechs Wochen Nachtdienst und zwar von 9 Uhr abends bis 12 Uhr nachts, welcher sich immer auf eine Woche erstreckt. Von dem Tagesdienst bis zum Eintritt des Nachtdienstes gibt es eine Stunde Pause, dafür heißt es aber am anderen Tage um 12 Uhr mittags an-treten, es ist also eine Arbeitszeit von 17 Stunden herunterzumachen; wer sich nicht fügt, der muß den Betrieb meiden. Es könnte gar nichts schaden, wenn sämtliche Angestellte einmal zur Tür hinausgingen. Das Beschäftigten, oder besser gesagt das Ausbenten der jungen Leute im Alter von ca. 15 Jahren geschieht in dem ganzen Institut bei der gleich langen Arbeitszeit. Für diese jungen Proletarier ist von besonderer Bedeutung, zu erfahren, daß, wenn das Verhältnis zwischen Geschäftsführer und Angestellten kein gutes ist, letzterer sehr viel schikaniert wird. Es kommt auch sehr häufig vor, daß diesen Unbeliebten die schlechtesten Touren zugeteilt werden, sie also bei Wind und Wetter durch die Straßen jagen müssen, ohne etwas extra dabel zu verdienen. Wir nehmen daher Gesenheit, an alle Eltern und Vormünder die Warnung zu richten, ihre Kinder und Mündel diesem Verufe nicht anzuvertrauen, da dieser nur geeignet ist, die Lebenskraft des jungen Menschen früh zu verbrauchen.

Alle Berufs Kollegen, welche in solchen Instituten tätig sind und die mithelfen wollen, daß diese Uebelstände abgeschafft werden, sollen sich dem "Deutscher Transportarbeiter-Verband" als Mitglied anschließen. Ein menschenwürdiges Verhältnis kann für die Berufs Kollegen nur geschaffen werden, wenn sie einer Organisation angehören, wodurch sich schon Millionen deutscher Arbeiter ihr Recht erkämpfen und es verteidigen.

Deshalb, Gilboten, hinein in die Organisation. "Nur vereinte Kraft Großes schafft!"

Die Lohnverhältnisse der Agenten bei der Margarinefabrik Mohr u. Co. in Essen. Genannte Firma läßt ihr Fabrikat in fast allen Teilen Deutschlands durch Agenten an das konsumierende Publikum vertreiben. Vor noch nicht allzulanger Zeit, als der Name "Mohr" resp. die "Mohrsche Margarine" infolge der bekannten Vergiftungsaffären, in welche die Firma Mohr u. Co. verwickelt war, keinen "aktu" guten Selang hatte, suchte sie, allerorts für Geld und gute Worte Agenten zum Vertrieb ihrer Margarine. Ein ganzes Heer von Agenten wurde zu Monatsgehältern von 150 Mark angestellt. Mit Vorliebe wurden Leute aus dem Arbeiterstande, die im Besitz eines Fahrrades waren und mit dem Arbeiterpublikum ungenügend verstanden, angestellt. Viele Arbeiter opferten ihren bisherigen Beruf, weil sie glaubten, bei der Firma Mohr u. Co. eine Lebensstellung gefunden zu haben. Durch eine rigorose Maßnahme der Firma wurde jedoch den Angestellten vor einiger Zeit zum Bewußtsein gebracht, daß sie sich schmächtig getäuscht haben. Den Angestellten im Essener Stadt- und Landbezirk wurde von der Firma mitgeteilt, daß ihnen ab 1. Januar das Gehalt um — 50 Mark gekürzt werden solle. Das Gehalt beträgt von diesem Zeitpunkt an 100 Mark. Nur wer mehr wie 10 Zentner pro Woche absetzt, erhält noch pro Pfund 12 Pf. Provision. Der größte Teil der Angestellten setzt aber nur durchschnittlich 8-9 Zentner wöchentlich um, erhält also die Extraprovision nicht. Es besteht aber weiter die Gefahr, daß das Einkommen der Angestellten in nächster Zeit noch mehr verringert werden wird. So sollen demnächst weitere Artikel, wie Kakaopulver, Suppenwürfel, Fleischextrakt und Kaffee eingeführt werden, dann aber soll nur noch Provision, kein festes Gehalt mehr, bezahlt werden.

Die Angestellten im Industriegebiet sind nun zum großen Teil Bergarbeiter. Sie wurden durch die verlockenden Angebote aus ihrem Beruf herausgerissen. Nur ein Bruchteil derselben ist im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert. Die Verwaltungsstelle dieses Verbandes appelliert nun an das Solidaritätsgesühl der gesamten Arbeiter, beim Einkauf der Mohrschen Margarine nur solche Angestellte zu berücksichtigen, die Mitglieder dieses Verbandes sind, bezw. sich als Mitglieder desselben durch eine hellblaue Kontrollkarte ausweisen können. Das Eintreten der organisierten Arbeiter ist um so dringender notwendig, weil in nächster Zeit auch in anderen Bezirken solche Lohnreduzierungen vorgenommen werden sollen.

Die Tätigkeit der Angestellten ist dabei durchaus keine leichte. Sie müssen sich die Margarine selbst von den oft ziemlich weit entfernten Bahnhöfen holen, sie müssen sich die Kundschaft suchen und die Ware selber an diese vertreiben. Ein erheblicher Teil des Gehalts geht den Angestellten auch noch infolge Kreditgewährung, usw. verloren.

Die Arbeitsverhältnisse der Angestellten können nur dann in ihrem Interesse ausgestaltet werden, wenn sie der Organisation angehören. Heute aber müssen leider die organisierten noch unter den indifferenten Angestellten leiden. Die organisierten Arbeiter werden deshalb ersucht, ihren Arbeitsbrüdern gegenüber der Firma, die hohe Profite aus den Arbeitergrößen erzielt, durch Kontrollierung der Angestellten auf deren Verbandszugehörigkeit, nach Kräften zu unterstützen.

Hamburg I. Branche Frucht- und Eierarbeiter. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 7. Februar. Zunächst berichtete Siedenburg der Versammlung, daß der neue, mit dem „Verein Hamburger Südfrucht-Großhändler“ abgeschlossene Tarifvertrag am 5. Februar gegenseitig unterzeichnet worden sei. Er machte noch, weil vielleicht einzelne Kollegen nicht genau orientiert und die den Mitgliedern anzuhändigenden Tarife noch nicht fertiggestellt seien, auf einzelne Neuerungen besonders aufmerksam, unter anderem auf die Nachzahlung des erhöhten Wochenlohnes seit dem 1. Januar 1912. Alsdann gab Medner den Jahresbericht der Branchenleitung und betonte hierbei besonders die erfreuliche Entwicklung der Fruchtarbeiterorganisation; denn die Zahl der organisierten Kollegen sei von 225 im Jahre 1910, auf annähernd 500 Mitglieder im Jahre 1911 gestiegen. Diese Tatsache lege wohl zur Genüge Zeugnis davon ab, daß die Branchenleitung sowohl wie auch die Obleute es an organisatorischer Tätigkeit nicht hätten fehlen lassen. In diesem Sinne weiterarbeiten, sei Pflicht aller Kollegen. Bei den hierauf vorgenommenen Neuwahlen wurden gewählt: Als erster Branchenleiter W. Siedenburg, als zweiter Branchenleiter J. Sontheim; A. Schilling als Schriftführer; als Fahnenträger H. Timmann, als Ersatzleute dafür: S. Pingel und W. Lübbe; als Fahnenjunker H. Lichtenfeld, G. Wehnen, H. Dörben und H. Stöver. In die Arbeitsnachweismission wurden gewählt: A. Schilling und J. Sontheim. Als Türkontrollenre H. Meyer, S. Pingel, S. Lichtenfeld, S. Busch und A. Wölter. Die durch den Lokwechsel des Gastwirts Lubw. Glade, Stadtbeich 56, notwendig gewordene anderweitige Unterbringung unseres Fahnenjunkers, wurde der neugewählten Fahnenkommission übertragen. Weil der Kollege Sch. sich durch seine Entlassung von der Firma Henry Sottmann gemahregelt fühlte, wurde zur Untersuchung der Angelegenheit eine Kommission gewählt, die dann nötigenfalls das Ergebnis der Ortsverwaltung unterbreitet. Hierauf erfolgte Schluß der von 200 Kollegen besuchten Versammlung.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Handelskammer zu N i s t e r b u r g richtete am 27. Dezember an den Deutschen Handelstag folgendes Schreiben: „Die erweiterte Sonntagsruhe, die in einer Reihe von Städten unseres Bezirks durch Ortsstatut eingeführt ist, stößt aus dem Grunde bei einer Reihe von Detailkaufleuten auf heftigsten Widerstand weil nicht die gleiche Bestimmung auch für das flache Land gilt. Die Folge davon ist, daß die ländliche Kundschaft, insbesondere auch die Landarbeiter, die nur am Sonntag einkaufen können, den städtischen Geschäften verloren geht. Wir sind der Ansicht, daß diese ungleichmäßige Behandlung der städtischen und ländlichen kaufmännischen Geschäfte dazu führen wird, daß auch in den Städten der Widerstand gegen eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erheblich steigen muß. Wir richten an den Deutschen Handelstag die Bitte, zu erwägen, ob es sich nicht empfehlen würde, auf eine gleichmäßige Regelung der Sonntagsruhe in Stadt und Land durch reichsgesetzliche Regelung dieser Frage hinzuwirken.“ Endlich scheint es also auch den Handelskammern einzuleuchten, daß die bisherige gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe elendes Pflüchwerk ist. Eine Neurege-

lung ist ja geplant, da wäre es recht wohl möglich, die bisherigen Erfahrungen nutzbringend zu verwerten.

Ziel. Ein **U n t e r n e h m e r l i e b l i n g.** Bekanntlich streikten im Mai und Juni 1911 die städtische und Lagerarbeiter der hiesigen Eisenwarenhandlungen. Unter den Arbeitswilligen zeichnete sich ein namens Laksh, der bei der Firma Jakob Hansen beschäftigt war, ganz besonders aus. Er gab nicht nur an, daß er die erste Hand des Chefs sei, sondern auf Grund seiner vom Gericht als besonders glaubwürdige erachteten Aussagen, wurden auch verschiedene ehrliche Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Wir sind heute in der Lage, feststellen zu können, daß dieser Mauseisler sich tatsächlich als die rechte Hand seines Prinzipals fühlte, d. h. in einer Weise, mit der sein Chef durchaus nicht einverstanden sein konnte. Im Januar sollte Laksh für seine Firma eine Rechnung von 50 Mtl. einlassen; das tat er auch gewissenhaft, steckte aber das Geld in seine Tasche. Weil er aber ein ganz gewissenhafter Junge war, schrieb er eine neue Rechnung aus, quittierte sie und übergab sie der Frau, die ihm dann auch die 50 Gulden übergab. Die richtige Rechnung brachte er dann der Firma als nicht bezahlt zurück. Er selbst schrieb dann an die Firma einen Brief unter Mißbrauch des Namens der Frau. In dem Brief wurde die Firma gebeten, sie möge sich gedulden, die Absenderin könne die Rechnung nicht bezahlen, sie wolle das in Raten tun. Tatsächlich erhielt die Firma im Januar eine Rate von 20 Mtl. Wie das nun in einem ordentlichen Geschäft gehandhabt wird, fandte die Firma der Kundin einen Auszug ihres Kontos, aus dem hervorging, daß sie noch mit etwa 30 Mtl. belastet sei. Die Ueberraschung war natürlich auf Seiten der Kundin, die eine quittierte Rechnung in Händen hatte. Sie wandte sich an die Firma. Es stellte sich nun heraus, in welcher Weise der Herr Arbeitswillige sich am Geschäft beteiligt hatte. Die Firma Jakob Hansen ließ nun bei Laksh eine Haus-suchung vornehmen und siehe da, L. hatte sich im Hauße Bergstr. Nr. 7 eine Filiale der Firma Hansen eingerichtet. Es wurden Waren im Werte von 900 Mark dort gefunden. Da Laksh der Meinung war, daß er als Staatsdiener nur mit besserer Kundschaft zu rechnen haben würde, hatte er sich nur die feinsten Sachen genommen. Er hatte sich auch aus Hamburg einen Kollegen mitgebracht, der ebenfalls bei der Firma Hansen eingestellt wurde. Dieser wohnte mit Laksh zusammen. Ob er auch an der Vergrößerung des Geschäfts mitgearbeitet hat, wird wohl die Kriminalpolizei feststellen. Laksh ist inzwischen verhaftet und steht womöglich in einer anderen Stadt unter dem ganz besonderen Schutz der Polizei.

Inzwischen schreiben sich die Arbeitgeberverbände fast die Kehle aus nach größerem Schutz dieser „unsterblichen“ Arbeiter. Um wieviel in Wirklichkeit die Firma betrogen hat, das ist eine Frage, die kaum beantwortet werden kann. In solchen Geschäften muß der Unternehmer den Arbeitern Vertrauen entgegenbringen und Arbeiter müssen ihre Aufgabe darin erblicken, dieses Vertrauen nicht zu täuschen. Kommen sie mit ihrem Lohn nicht aus, dann fordern sie als ehrliche Arbeiter mehr. Gelingt nicht auf einmal, dann später. Mit Hilfe solcher Leute wie Laksh wurden die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die

schon lange Jahre im Geschäft tätig waren, mit Erfolg bekämpft. Aber was für ein Erfolg! Herr Hansen hätte bei Bewilligung der Forderungen jährlich ungefähr 600 Mtl. mehr Lohn zahlen müssen an seine Arbeiter, auf die er sich verlassen konnte. Uebrigens beschäftigt die Firma Hansen jetzt nur noch einen Arbeitswilligen.

Sonneberg. Trohden wir in einem halben Jahre von den hiesigen Packern, Einbindern und Schreibern annähernd 120 Kollegen zur Fäbne der Organisation gebracht haben, müssen wir konstatieren, daß leider jetzt schon eine beispiellose Gleichgültigkeit unter den Kollegen herrscht. Die letzte öffentliche Versammlung im Lindenhof, in welcher der Gauleiter über das Thema: „Was nützt uns eine gewerkschaftliche Organisation“ referierte, war leider nur von annähernd 20 Kollegen der Sektion II besucht. Das ist doch eine Blamage. Es hat doch jede öffentliche Versammlung den Zweck, die Kollegen aufzuklären. Und gerade bei den Packern und Einbindern läßt die Aufklärung noch sehr viel zu wünschen übrig. Daß die Notwendigkeit einer Organisation in unserm Beruf da ist, liegt klar auf der Hand. Der Beweis liegt ja darin, daß wir es in einem halben Jahre auf 120 Mitglieder gebracht haben. In letzter Zeit haben sich Kollegen ganzer Betriebe geschlossen zur Organisation bekannt. Ebenso geschlossen, wie es diese Kollegen getan haben, müssen die uns noch fernstehenden Kollegen in die Versammlung gehen. Jede Versammlung müßte vollzählig besucht sein. Sie würde eine machtvolle Klundgebung den Sonneberger Kaufleuten gegenüber sein, dahingehend, daß wir mit unseren jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht mehr zufrieden sind. Ueberdies gibt es jetzt, nachdem die Reichstagswahlen vorbei sind, wieder sehr viel zu tun. Es muß eine außergewöhnliche Agitation im Frühjahr betrieben werden. Wir dürfen nicht ruhen und rasten bis der letzte Kollege in Sonneberg und Umgegend organisiert ist. Es ist die erste Pflicht jedes organisierten Kollegen, sich an dieser Agitation mahnhaft zu beteiligen. Also auf zur Agitation, damit wir im nächsten halben Jahre auf eine Mitgliederzahl von 200 Kollegen rechnen können. Leider stehen uns noch, trohden wir in 18 Betrieben vertreten sind, die Kollegen eines größeren amerikanischen Exportgeschäftes fern. Wir wissen ganz genau, daß in diesem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade nicht die günstigsten sind. Während der Saison werden möglichst viel Leute engagiert. Viele Ueberstunden werden gearbeitet. Es wird gehetzt und gejagt. Aber wenn die Saison vorüber ist, dann steigt die Hälfte der Arbeiter auf die Straße. Troh dieser Zustände findet man in diesem Betrieb von einer Organisation keine Spur. Kollegen! Packern und Einbindern! Steht ihr denn ganz fern dem gewaltigen Ringen der aufstrebenden Arbeiterheere? Wollt ihr denn nicht teilnehmen an den Kämpfen und Siegen der Arbeiterschaft? Wollt ihr nicht teilnehmen an dem großen Kampfe, der die Arbeit aus der Knechtschaft des Kapitals befreien soll. Wohlan denn, wenn ihr gesonnen seid, euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, wir zeigen euch den Weg: Es ist der Weg zur Organisation, in diesem Falle zum Deutschen Transportarbeiterverband, Sektion II, wo die Kollegen gemeinsam das erkämpfen, was zu erringen dem Einzelnen unmöglich ist.



Die Angst vor dem Segen. Wie die deut-schen Reedereien, so haben auch die meisten ausländischen für das Jahr 1911 gute, teilweise glänzende Geschäftsergebnisse zu verzeichnen. Die Ungarische Seeschiffahrts-Ges. „Adria“ verteilt 10 pCt. Dividende gegen 8 pCt. im Vorjahr. Die Einnahmen der Suez-Kanal-Kompagnie stiegen von 129 730 000 Frsk. im Jahre 1910 auf 134 010 000 Frsk. im Jahre 1911. Die Century Shipping Co. schüttet 5,81 pCt. aus, die Court Line 6 pCt. Dividende. Die Dundee S. S. Co. kann 7 1/2 pCt. verteilen und die Ericsson Shipping Co. 8 pCt. Dividende. Die Hain S. S. Co. verteilt 7 pCt., die Ladore Steamship Co. 10 pCt., die Moor Line 5,14 pCt., die Neptune S. N. Co. 10,58 pCt., die Nitrate Producers S. S. Co. 5,73 pCt., die North of England S. S. Co. 7 1/2 pCt., die Pool Shipping Co. 8 pCt., die Red S. S. Co. 6,37 pCt., die Southdown S. S. Co. 7 pCt., die Latem S. N. Co. 6,66 pCt. und schließlich die Taylor u. Sanderson Co. 6 pCt. Auch die englischen P a s s a g i e r - D a m p f s c h i f f a h r t s - G e s e l l s c h a f t e n haben teilweise glänzende Geschäfte gemacht. Die African Steamship Co. verteilt 7 pCt. Dividende, die Anchor Line 6,18 pCt., die Austral. U. Steam N. Co. 8 pCt., die Boat Steamship Co. 7,54 pCt., die British India S. N. Co. 6,44 pCt., die China Mutual S. N. Co. 7,90 pCt., die Ellerman Lines 5,25 pCt., die Indo-China S. N. Co. 6 pCt., die New Zealand S. N. Co. 7,81 pCt., die Oceanic Steam N. Co. 30 pCt. (1), die P. and O. Co. 9 pCt., die Prince Line 7 1/2 pCt., die Shaw Co. 7 1/2 pCt. und endlich die Union Castle Mail Steamship Co. 6,42 Prozent.

Die englischen Hafenarbeiter haben durch ihren großen Streik dafür gesorgt, daß sie nicht ganz leer ausgehen bei dieser kapitalistischen Teilerlei. Was sich in Deutschland ereignen kann, steht bei den Unternehmern. Vor etwa Jahresfrist, als feststand, daß die

Reeder gute Geschäfte gemacht hatten, kam sogar ein Scharfmacherblatt, die be-rühmte „Hansa“ zu der Ueberzeugung, daß der Segen nicht ganz spurlos an den Arbeitern vorübergehen dürfe, daß die Arbeiter von der besseren Geschäftslage profitieren müßten, — jedenfalls sei eine solche Forderung der Arbeiter nicht unberechtigt. Anders als die „Hansa“ dachten allerdings die Unternehmer. Vor und nach der „Hansa“-mahnung haben die Herrschaften einen Notstand bei den Hafenarbeitern nicht anerkannt. Anträge der freien sowohl als der durch Kontrakt gebundenen Schanerleute auf eine tarje Lohnerhöhung wurden von den Hamburger Scharfmachern schroff abgewiesen. War es da ein Wunder, daß die Empörung der Hafenarbeiter, besonders in Hamburg, immer größer wurde? Der talte Hohn des Hafenbetriebsvereins trieb immer neue Scharen von Hafenarbeitern in die Organisation. Die Erbitterung der Hamburger Hafenarbeiter wurde so offenkundig, daß es den Ausbeutern bei ihrer Gott-ähnlichkeit allmählich bange wurde. Sie entschlossen sich zu der berühmten „freiwilligen“ Lohnerhöhung von 20 Pf. für den Tag. Wenn Unternehmer vom Schläge Hamburger Betriebsgewaltigen ihr warmes Herz für die Arbeiter entdecken, dann ist Mißtrauen die erste Tugend jedes Arbeiters. Inzwischen ist ja zur Genüge bekannt geworden, wie die „freiwillige“ Lohnerhöhung ausgebracht wird. Welcher Zweck damit verfolgt wurde, braucht an dieser Stelle nicht näher erörtert zu werden. Man lese Goethe:

Der Teufel ist ein Egoist
Und tut nicht leicht um Gottes willen,
Was einem andern nützlich ist.

Eine kleine Einschaltung: Einer großen deutschen Arbeitergruppe widerfährt das zweifelhafte Glück einer „freiwilligen“ Lohnzulage. Der Bechenverband will zum 1. April die Löhne der Bergarbeiter um eine Kleinigkeit erhöhen. Die „Hansa“ schreibt dazu in ihrer Wirtschaftlichen Rundschau:

„Die jetzige Magnanmie erklärt sich aus der Erwägung, daß es sich, ebenso wie es für die Seeleute in Hamburg und Bremen und kürzlich für die Hafenarbeiter in Hamburg einheitlich geschehen ist, empfiehlt, auch die Bergleute an der besseren Geschäftslage teilnehmen zu lassen. Es wird selbstverständlich auch diesmal an Versuchen der sozialdemokratischen Presse nicht fehlen, diese freiwillige Einschließung der Arbeitgeber als ungenügend oder überhaupt als Blendmanöver zu bezeichnen. Man sollte sich aber doch endlich auch in Arbeiterkreisen darüber klar werden, daß diese Berücksichtigung der Arbeiterinteressen durch die Arbeitgeber eine recht erfreuliche Erscheinung ist.“

Eine einheitliche Lohnerhöhung für die Hafenarbeiter in Hamburg hat es natürlich nicht gegeben, es sind nur zwei Gruppen berücksichtigt. Wenn die „Berücksichtigung der Arbeiterinteressen durch die Unternehmer“ wirklich freiwillig sein sollte, dann würde sich niemand mehr darüber freuen, als die Arbeiter, und vor allem die Gewerkschaften. Um unsern Glauben an die freiwillige Berücksichtigung unserer Interessen durch die Unternehmer zu stärken, hätte die „Hansa“, im Anschluß an die oben wiedergegebenen Äußerungen, nicht folgenden Satz schreiben dürfen:

„Von Interesse sein wird es nun zu sehen, ob die schon oft prophezeigte große Ausstands-bewegung der Bergleute in diesem Jahre trotz der Lohnerhöhung eintreten wird oder nicht.“

Für die Bechenbesitzer ist diese Frage natürlich gar nicht von Interesse — sie wollen den Lohn doch „freiwillig“ erhöhen, was geht ste die Ausstands-bewegung der Bergleute an — ?

Wir erinnern uns plöblich! Seit dem Jahre 1910 wird die scharfmacherische Reederpresse — allen voran die „Hansa“ — nicht müde, die allmählich zum Gähnen reizende Sensationsnachricht zu verbreiten vom großen Generalkreik der Hafen-

arbeiter und Seeleute in Hamburg, der im Frühjahr eines der Jahre 1910 bis 2000 ausbrechen wird. — Es lebe die „freiwillige“ Lohnerrhöhung!

Die englischen Hafenarbeiter haben sich ihren Anteil durch Streik gekostet, die deutschen Hafenarbeiter — wenigstens in Hamburg — ließen einen Teil des Mehrverdienstes „freiwillig“ in die Taschen der Hafenarbeiter gleiten. Daß dieser Teil größer sein dürfte, kann angesichts der glänzenden Ergebnisse der Schiffsahrtsgesellschaften nicht bestritten werden. An dem von uns in der vorigen Nummer des „Couriers“ erwähnten Geschäftsergebnis der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist noch besonders bemerkenswert, daß die Gesellschaft für das abgelaufene Jahr 11 pCt. (1910: 9 pCt., 1909: 7 pCt.) Dividende ausschütten kann, obgleich sie sämtliche ziemlich umfangreichen Neubauten, aus den Betriebsergebnissen bestritten hat. In den letzten vier Jahren ist der Bestand der Gesellschaftsflotte um 10 Schiffe mit 52 000 Tons gestiegen. Inzwischen sind einige neue Geschäftsabchlüsse bekannt geworden. Die Ocean-Dampfer-A.-G. in Flensburg ist in der Lage, nach drei schrecklichen dividendenlosen Jahren zum ersten Mal wieder 4 pCt. zu verteilen. Die Preussisch-Rheinische Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Köln verteilt 9 pCt. Dividende; sogar die Segelfreederei „Mister“ verteilt 4 pCt. Dividende, während die Direktion der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ in der Generalversammlung der Aktionäre für eine Dividende von 12 pCt. eintreten wird (gegen 10 pCt. im Vorjahre und 5 pCt. im Jahre 1909).

Und noch immer kein Ende des Segens! Das laufende Jahr verspricht ein Hochkonjunkturjahr zu werden. Die Profite drohen so anzuwachsen, daß die „Hansa“ abschneidend fürchtet, die mühseligen Gewinne der Unternehmer könnten die Begehrtheit der Arbeiter erregen. Mercator schreibt in der „Hansa“ unterm 6. Februar:

„Die außerordentliche Kälte der letzten Tage ist für die Schifffahrt und für die Weiterentwicklung unserer Konjunktur von sehr erheblicher Bedeutung. Der Kaiser Wilhelm-Kanal ist für den Verkehr infolge des Eises ausgeglichen, und in den meisten Ostseehäfen sind die Verkehrsstörungen so groß geworden, daß man nahezu von einer Einstellung der Schifffahrt reden kann. Kopenhagen ist vom Eise beinahe blockiert und der Sund zugefroren. Die scharfe Kälte hat andererseits den Kohlenverbrauch erheblich gesteigert, und sie wird auch noch weitere Folgen nach sich ziehen. Die Eröffnung der nordischen Häfen dürfte vermutlich noch lange Zeit auf sich warten lassen. Ebenso wird sich der Beginn der Holztransporte in Schweden nach den Verladehäfen noch erheblich verzögern. Bei der jetzigen Lage der Seeschifffahrt bedeutet das aber die Aussicht auf ein sehr lebhaftes Frühjahrsgeschäft; denn es wird nach diesem harten Winter die Anforderung an Sonne im Frühjahr um so lebhafter sein. Also recht gute, offen gestanden freilich: beängstigende gute Aussichten für das Neederzeigegeschäft im nächsten halben Jahre.“

Während sonst die Unternehmerpresse sich bemüht, die zu erwartenden Profite so klein als möglich erscheinen zu lassen, muß die „Hansa“ Notsignale zeigen: Wir erstickten im Fett.

Es wäre unchristlich, wenn die Hafenarbeiter aller Branchen sich der Needer nicht liebevoll annehmen wollten. Freilich — leicht ist die Sache nicht; wer dem stolzen Hafenbetriebsunternehmer aus dem goldenen Ueberfluß helfen will, der muß stark, riesenstark sein. Es liegt an den Hafenarbeitern, sich zu prüfen, ob sie diese Stärke besitzen. Galt diese Prüfung nicht zur vollen Zufriedenheit aus — und sie wird es heute noch nicht — dann heißt es alle Kräfte anspannen, bis das erste Ziel der Gewerkschaft erreicht ist: Ebenso stark zu sein wie die Unternehmer. Nicht dahinter liegt das zweite Ziel: Stärker zu sein als die Unternehmer.

Haben wir das erreicht: Dann sind wir allen „freiwilligen“ Lohnerrhöhungen gewachsen.

Aus der Unfallschronik des Hamburger Hafens. Am Schuppen 73, Kalberleib der Hamburg-Amerika-Linie, wurden eiserne Träger verladen. Beim Anheben kamen die Träger ins Rollen und stürzten auf den in der Luke stehenden Arbeiter, dem es nicht möglich war zu flüchten. Der Mann wurde schwer verletzt — durch einen in den Raum stürzenden Scherstock wurde der Arbeiter O. N. an Bord des Dampfers „Clara Blumenfeld“ schwer verletzt. Wie es möglich wurde, daß der Scherstock in den Raum stürzen konnte, wird leider nicht mitgeteilt — Wegen schlüssiger Körperverletzung hatten sich vor Gericht der Stauerwize L. und der Schauerwize W. zu verantworten. Sowohl der als Lukenwize fungierende W. als auch ein anderer Schauerwize stellten dem Wizen die Notwendigkeit vor, den Scherstock entfernen zu lassen. Diese Notwendigkeit gab der Wize nicht zu, der Scherstock blieb liegen. Bei der zweiten Siebe stürzte er aber bereits in den Raum, wo er den Schauerwize F. glücklicherweise nur leicht verletzte. Das Gericht verurteilte W. zu 10 Mk. und L. u 50 Mk. Geldstrafe. Als Sachverständiger wurde der Hafeninspektor Schönbach vernommen, der sein Gutachten dahin abgab, daß der als Lukenwize tätige gewesene W. die Vorschriften des § 52 der Unfall-Verhütungsvorschriften hätte beachten müssen. Nach diesen Vorschriften müssen die Scherstücke an den Luken, an denen gearbeitet wird, fortgenommen oder befestigt werden. Beides ist nicht geschehen. W. trage daher die Verantwortung. Wenn L. allerdings die betreffende Anordnung gegeben habe, so mache das den Angeklagten von der Verantwortung nicht frei, entlaste

ihn aber. Der Wize L. sei an dem Unglücksfall ebenfalls schuldig. Auch der als Sachverständige vernommene Stauer Loddig steht auf dem Standpunkt daß W. als Lukenwize an dem Unfall verantwortlich zu machen ist. W. hätte unter keinen Umständen an der Luke arbeiten lassen dürfen. W. erklärte hierzu, daß er geglaubt habe, den Anordnungen des Stauerwizen folgen zu müssen. Würde er den Anordnungen widersprochen haben, dann hätte er von L. als Vorgesetzten, wirtschaftliche Schädigungen befürchten müssen. Diese Antwort bewahrt in Zukunft die Gerichte hauptsächlich davon, in solchen Fällen Unternehmern als Sachverständige zu laden. Denn diese Herrschaften sind die wahren Schuldigen. Interessant ist auch das Sachverständigenurteil des Hafeninspektors. Vor einigen Monaten behandelte ein Hafeninspektor — wenn wir nicht irren, war es derselbe — daß die Unfallverhütungsvorschrift, wonach die Luken anzudecken sind, zu viel Zeit in Anspruch nähme. Auf Grund dieses Sachverständigenurteils mußte ein Schauerwize ins Gefängnis. Heute sagt ein Hafeninspektor, daß auf alle Fälle der Scherstock hätte befestigt werden müssen. — Resultat: die Angeklagten wurden verurteilt.

Für die Hafenarbeiter haben diese Gerurteilungen nur eine Konsequenz: Wo Stauer oder Wizen sich weigern, die Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen, da müssen die Schauerleute auf eigene Faust handeln, um Leben und Gesundheit zu schützen.

Auf dem Lloydbahn 100 wurden zwei Schauerleute von einem zusammenstürzenden Stapel Sack mit Kleierz verletzt. Auf demselben Schiffe stürzte ein dritter Schauerwize in den Raum. Alle drei kamen ins Krankenhaus. — Auf dem Dampfer „Miermark“ stürzte der Schauerwize L. S. in den Raum und blieb schwerverletzt bestunmungslos liegen. — Der Schiffsbreiter G. Sch. stürzte vor einigen Tagen in den Raum des Dampfers „Patagonia“. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhaus starb.

Hamburg. Im „Hamburger Echo“ finden wir folgende Notiz:

„Neuerlich leichtsinnig gehandelt haben etwa dreißig Schauerleute der Stauerfirma Loddig. Sie kamen auf einem Dampfer dieser Stauerfirma am Amerikatank an, der Dampfer legte längs einer Kapitänschute, um an einer Leiter nach dem Kai hinaufzuklettern. Diese Last konnten jedoch die leichtgebauten Scherstücke nicht tragen, sie gaben nach und alle 30 Mann stürzten in den Raum der Schute. Hierdurch erlitten die meisten Leute Verletzungen leichter und schwererer Natur. Vier Männer waren derartig verletzt, daß sie nach ihrer Wohnung gebracht werden mußten, und der Schauerwize O. hatte einen Fuß gebrochen. Er wurde nach dem Hafentraktenhause gebracht. Diese unglaubliche Leichtsinngigkeit hat sich bitter gerächt.“

Es dürfte sich empfehlen, mit der alten Gepflogenheit, über die Luken zu laufen, endlich einmal zu brechen. Die Luken der Kapitänschuten sind häufig in einem Zustand, daß sie kaum eine Person tragen. Außerdem sind wir der Meinung, daß die Schauerleute früh genug an die Arbeit gekommen wären, wenn sie ordnungsmäßig die Schute paßiert hätten. Die Gerechtigkeit verlangt allerdings eingezugehen, daß das bei vielen Kapitänschuten fast unmöglich ist. Die Schiffsfahrtsberufsgenossenschaft dürfte auch einmal wieder „wachen“, wie die „Hansa“ sagt.

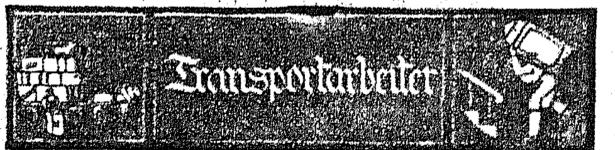
Hamburg. (Flußdampfer, Motor- und Miter-schiffer.) Mitgliederversammlung am 3. Februar. Der Branchenleiter berichtet über Eingaben und über die beiden öffentlichen Versammlungen. Nach einem Vortrag: Ueber die Pflichten, welche die Dampfer- und Motorschiffer in Zukunft zu erfüllen haben, wurde in eingehender Diskussion den Mitgliedern des Hamburg-Mittonaer Schiffervereins von 1888 geseigt, warum der kleine Lokalverein keine Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen könne. Daß auch die Behörden bei Eingaben sich wenig darum kümmern, zeigten ihre Jahrbücher. Während die Eingaben, die von uns gemacht wurden durch den Transportarbeiterverband, fast alle von Erfolg gewesen sind. Ein Verein, der sich zusammensetzt aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Eigentümern von 2-7 Dampfern, Geschäftsleuten und Wizen, Beamten und Staatsangestellten, ist nie imstande, die Interessen der Schiffer zu vertreten. Es wurde hingewiesen auf die lange Arbeitszeit in unserem Berufe und die dementsprechend — bei der großen Verantwortung, die der Schiffer hat — viel zu geringe Entlohnung. Ein Redner meinte, hoffentlich dauere es nicht mehr lange, bis die Mitglieder des alten Vereins einsehen, daß der Verein für sie nicht ausreicht, genau wie es die Mitglieder des alten Maschinenvereins eingesehen und sich dem Verbande angeschlossen hätten. Das letzte Jahrbuch des S. A. F. D. W. 1888 berichtet ja auch, daß der vorgeschlagene Lohnstarif und Normalarbeitstag, mit dem an die Arbeitgeberverbände herangetretten werden sollte, fallen gelassen werden mußte. Es wurde noch darauf hingewiesen, wie z. B. Wrote Geschäfte mit dem Verein machten beim Verkauf ihrer Wirtschäften. Wenn die Versammlungen auch nur 12 Neuaufnahmen gebracht haben, so haben sie, weil viele Deckleute anwesend waren, großen agitatorischen Wert gehabt.

Hamburg I. (Sektion Hafenarbeiter.) Dem Sektionsbericht, den Schless erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Zur Erledigung gelangten 12 Streiks mit 267 Beteiligten, davon 4 Streiks wegen Forderungen betreffs Lohnerrhöhung; 10 Streiks endeten erfolgreich, 2 ohne Erfolg. Differenzen ohne ArbeitsEinstellung betreffs Lohnerrhöhung, Entlassung usw. wurden 199, und zwar 151 mit und 48 ohne Erfolg

erledigt. 73 Gewerbegerichtsklagen mit 330 Beteiligten und mit einer Klage summe von 1873,05 Mk. wurden anhängig gemacht. Durch Urteil resp. Vergleich wurden 53 Klagen mit 191 Personen und 1451,45 Mk. gewonnen, 20 Klagen wurden zurückgezogen. 330 Arbeitslose unserer Sektion wurden mit 12 995,80 Mk. unterstützt; in noch höherem Maße stießen die Krankenunterstützungen aus. Die Gesamtunterstützung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, in Sterbefällen usw. betrug 166 665,03 Mk. Für Rechtschutz wurden 5121,01 Mk. verauslagt. Die Zahl der Mitglieder ist von 24 908 am Schluß des vorigen Jahres auf 30 123 am Schluß des Jahres 1911 gestiegen. Nach kurzer Diskussion zu diesem Bericht werden die Vorschläge zu den Wahlen gemacht. Die bisherige Sektionsleitung, bestehend aus Schless, Karpiniski, Papey, Köbbsdorf, Gerbau, Benthin, Schickweilen wird, da dieselben erklären, eine Wiederwahl anzunehmen, wiedergewählt. Bei der Wahl von Vertretern zur Ortsverwaltung gibt Schless bekannt, daß die Branchenleiter die Kollegen Ernst, Hüls, Lindemann zur Wahl empfehlen und den Kollegen Lamberg als Stellvertreter. Es entspinnt sich nun eine Debatte, in der hervorgehoben wird, daß die Sektion der Hafenarbeiter hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl in dieser Körperschaft zu schwach vertreten sei und daß uns bei Neubildung der Ortsverwaltung mehr Plätze zufallen müßten. Dieser Antrag sei der Sektionsleitung zur Erledigung zu überweisen. Der Antrag wurde angenommen. Ueber die Vorschläge zu dieser Wahl, bei denen nur Mitglieder der Branchenleitungen in Frage kommen, meinten verschiedene Redner, daß bei diesem Usus das demokratische Prinzip nicht genügend gewahrt bleibe. Es müßten auch die Kollegen, die bisher keinen derartigen Vertrauensposten innehoben, auf Vorschlag der Sektionsversammlung gewählt werden können. Demgegenüber wird von anderen Rednern betont, daß gerade das demokratische Prinzip volle Berücksichtigung finde und dadurch zum Ausdruck gebracht werde, indem die Branchenleiter schon durch das Vertrauen ihrer Mitglieder an diesen Stellen gestellt würden und eben diese Branchenleiter der Sektion Hafenarbeiter aus ihren Reihen heraus der Sektionsversammlung Vorschläge zu ihrem geschäftsführenden Ausschuss wie Sektionsleitung und Vertreter in der Ortsverwaltung usw. machen. Diese erprobten Kollegen bieten mindestens dieselbe Gewähr, auf solchen verantwortlichen Posten ihr Bestes zu tun, wie irgend ein Mitglied, das der Masse der Versammlungsteilnehmer unbekannt, auf die Vorschlagsliste gebracht werden soll. Bei der nun stattfindenden Wahl werden Ernst, Hüls und Lindemann als Vertreter in die Ortsverwaltung gewählt. Die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes zur Ortsverwaltung wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Als Kontrolloren werden Glaser, Le gener, König, Bach, Schneider und Bröder gewählt. — Schless macht dann noch auf das baldige Stattfinden unseres Verbandstages aufmerksam und empfiehlt den einzelnen Branchen, sich in ihren Reihen mit der Stellung von Anträgen eingehend zu beschäftigen.

Die Südwestdeutsche Arbeiterzeitung demaschiert sich. Wie man sich doch täuschen kann. Wir haben die Südwestdeutsche stets für ein verkapptes (wenn auch langweiliges) Witzblatt gehalten, und nun erklärt „Wölffchen“ in der letzten Nummer seines Moniteurs, daß er ständig eine „Humoristische Gede“ bringen wird. Wölff demaschiert sich also noch vor W. hermitwoch; was wir für Scherz nahmen, und das war bis auf die Annoncen, der gesamte Inhalt der „Südwestdeutschen“, das war Ernst! Toternst! Jetzt erst will er uns humoristisch kommen. Das ist eine artige Ueberraschung, allerdings auch die einzige, denn was nun kommt, läßt sich denken. Wölff gleicht einem schlechten Schauspieler, der Zeit seines Lebens den glühenden Wunsch hegt, den Richard III. zu mimieren und nicht über Taschenspielertricks und „Drittebienerollen“ hinauskommt.

Das ist die tragische Seite in der Rolle, die Wölff auf der Lebensbühne spielt, die komische ist, daß er in der „Humoristischen Gede“ den Transportarbeiterverband mit seinen 200 000 Mitgliedern vernichten will! — Wie fragt doch der Lateiner: Nie vos nunquam finitulus. Aus Mitleid für Wölff lassen wir die Uebersetzung fehlen.



Canstatt. Endlich taugt es auch unter den Fuhr- und Transportarbeitern Canstatt. Den besten Beweis dafür erbrachte eine am Sonntag, den 11. Februar abgehaltene sehr stark besuchte Versammlung. Obwohl die Organisation auch hier stets im Zunehmen begriffen ist, so bleibt doch noch ein großes Feld zu bearbeiten übrig, indem sich die Kollegen der kleineren Betriebe stets daran festhalten, daß im ersten und größten Betrieb am hiesigen Plage, trotzdem daselbst eine tarifliche Regelung besteht, das Organisationsverhältnis zu wünschen übrig läßt. Voriges Spätjahr konnten wir berichten, daß auch diese Kollegen den Anschluß an die Organisation vollzogen hatten, jedoch ein Teil davon, und zwar hauptsächlich die Gütergutzuführerlehren nach wenigen Wochen schon der Organisation wieder den Rücken, denn die Herren verdienen ja soviel Geld, daß sie es nicht nötig haben, Verbesserungen durch Hilfe des Verbandes zu erreichen. Zur Schande Verschiebener mag es gesagt sein, daß sie bereits einige Male Mitglieder des Verbandes waren, aber immer nur auf kurze Weile; wir wollen den Betreffenden aber auch verraten, daß auch dieses Spiel auf die Dauer nicht geht, und einmal der Tag

Kommen wird, an welchem wir sagen werden, Freund, suche Ansicht bei demselben. Das Verhalten dieser Kollegen resp. Nachbarn wurde von den Versammelten streng verurteilt und wird dementsprechend in Zukunft gewürdigt werden. Durch die ganze Versammlung, in welcher ein Kollege aus Stuttgart über unser zukünftiges Vorgehen referierte, ging der Geist, daß, wenn die Kollegen nicht selbst durch festen Zusammenschluß in der Organisation eine Aenderung zum Besseren herbeiführen, sie für alle Zeiten die unerblicklichen Knechte ihrer Arbeitgeber bleiben. Die Kollegen aus einer größeren Firma schlossen sich — circa 20 Mann stark — dem Verbands an. Kollegen, es bedeutet dies wieder einen guten Schritt vorwärts; deshalb rufen wir Euch zu, arbeitet weiter für die Ausbreitung des Verbandes, denn wer da ernten will, muß säen; und wir wollen ernten mehr Freiheit, mehr Brot für uns und unsere Kinder.

Wie Danziger Expeditionsarbeiter ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Bei der Expeditionsfirma Mayer u. Sohn beziehen Zustände, die man in einer Großstadt wie Danzig nicht mehr vermuten sollte. Folgendes diene zur Illustration: Bei genannter Firma arbeiten 11 Mann. Die Arbeitszeit dauert für die Expeditionsarbeiter von morgens 6 bis 9, 9 und 10 Uhr abends, oft auch noch länger. Für Pölsfahrer dauert die Arbeitszeit von morgens 3 bis abends 11 Uhr. Frühstück- und Mittagspausen werden nur gehalten, wenn es die Zeit erlaubt. Man sollte nun annehmen, daß für eine derartig lange Arbeitszeit auch ein angemessener Lohn gezahlt wird. Wie sieht es jedoch damit aus? 5 Mann erhalten 18 Mtl. wöchentlich und einer 20 Mtl., 4 Mann erhalten 80 Mtl. monatlich und einer 70 Mtl. Fürwahr ein recht harmonisches Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Lohn. Zu bemerken ist noch, daß derartige Arbeiter, der am längsten arbeiten muß, den geringsten Lohn hat. Doch wie sieht es mit dem 25jährigen Jubiläum unserer Expeditionsarbeiter?

Der Mobelpacker August Werdermann ist bei der Firma seit dem Frühjahr 1887 in Stellung und hat während dieser Zeit stets zur Zufriedenheit der Firma gearbeitet. Drei Unfälle hat der Kollege während dieser Zeit erlitten, wofür er keine Rente erhält. Da er nun das 62. Lebensjahr erreicht hat, sollte er mit leichter Arbeit beschäftigt werden, das sogenannte Grabenbrot erhalten. Und diese leichte Arbeit bestand darin, daß er den Posten als Stallmann erhielt. — Wie oben bereits bemerkt, dauert der Dienst des Stallmanns von morgens 3 bis abends 11 Uhr, mitunter auch noch etwas länger, wie wir noch später beweisen werden. Der Lohn beträgt für diese angenehme Arbeitszeit bekanntlich 70 Mtl. Schlafen muß der Mann in einer Kammer, welche durch eine Bretterwand vom Stall getrennt ist. Diese ist gerade so groß, daß ein Bett, ein Tisch, ein Stuhl darin Platz hat und einen kleinen Raum zum Durchgehen übrig läßt. Auch an Sauberkeit läßt die Kammer viel zu wünschen übrig. Nicht nur, daß der Mann vom Pferdebestand vollständig durchdrungen, befindet sich das Bett in einem Zustande, daß man sich ekelt, sich dort hineinzulegen. Die Bettwäsche ist vom Monat Juni 1911 bis Januar 1912 sage und schreibe einmal gewechselt. Gewiß ein ganz angenehmes Logis! Würde vielleicht die Geschäftsinhaberin oder ihr Geschäftsführer Herr Dost mit so einem herrlichen Schlafgemach zufrieden sein?

Am Sonabend, den 10. Februar hatte unser Jubilar folgendes Arbeitspensum zu leisten: Von morgens 3 Uhr ab wurden die Pferde gefüttert, dann begann das Stallreinigen, dann wurden die Stiefeln der Herrschaften recht säuberlich gepußt, dann mußte der Hof und die Straße gereinigt werden und dann mußte Stroh abgeladen werden. Nachdem mußte auf Verlangen der Polizei die Straße geeist werden. — Während dieser Zeit trat der Geschäftsführer Herr Dost an unseren Jubilar heran und befahl ihm in herrlichem Tone, er solle anspannen und Fracht fahren. Der Stallmann erklärte darauf, er habe heute noch keinen Hapfen gegessen, es hat ihm die Zeit dazu gefehlt, es ist bereits 1/4 Uhr. Herr Dost erwiderte darauf, er solle nur still sein, sonst erhalte er sofort die Kündigung. Nachdem Werdermann die Fracht abgefahren, die Straße fertig geeist und abgefüttert hatte, konnte er endlich seine mühen Knochen um 1/2 12 Uhr abends ausruhen. Um 9 Uhr desselben Abends war ihm noch folgender Brief zugegangen:

„Herrn August Werdermann

Hiermit kündigen wir Ihnen Ihre bei uns innegehabte Stelle per 24. Februar 1912.

Hochachtungsvoll

F. A. Mayer u. Sohn.
gez.: Dost.

Daß unser Kollege eine recht angenehme Nachtruhe gehabt hat, können wir ihm nachfühlen. Das also ist der Dank für eine 25jährige treue Pflichterfüllung.

Kollegen! Expeditionsarbeiter Danzigs! Auch Euch kann es einmal so gehen wie dem Kollegen Werdermann! Auch die jüngeren Kollegen leiden unter einer überlangen Arbeitszeit bei miserablen Lohn. Mißstände überaller Wiederholt rufen wir Euch zur Expeditionsarbeiter, organisiert Euch! Nun endlich herunter mit der Schlafmütze und hinein in die Organisation dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, dann muß und wird es besser werden. Schließt Euch zusammen, für Recht und Brot!

Dresden. Die Verkehrsordnung der Stadt Dresden enthält Bestimmungen, die den Geschirrführern wiederholt Anlaß zum Klagen gegeben haben. Ganz besonders ist es der § 50, wonach es den Geschirrführern verboten ist, vor Schankwirtschaften zu halten. Bietet man hierbei in Betracht, daß die Kollegen eine 13-14stündige Arbeitszeit, und so in den seltensten Fällen Gelegenheit haben, ihre Mahlzeiten im Betriebe

oder in der Wohnung einnehmen zu können, so muß jedermann ohne weiteres zugeben, daß die genannte Bestimmung eine ungemeine Härte für die Geschirrführer bedeutet. Es ist vorgekommen, daß an einem Tage in einer und zwar sehr verkehrsamen Straße 15 bis 20 Anzeigen wegen Übertretung des § 50 erstattet worden sind. Und was eine Anzeige mit der darauffolgenden Strafverfügung bis zur Höhe von 6 bis 8 Mtl. nebst den Schreibgebühren bei einem Einkommen von 23 bis 24 Mtl. pro Woche zu bedeuten hat, kann sich jeder erklären. In anderen Städten existiert diese Bestimmung nur für sehr verkehrsreiche Straßen; z. B. in Leipzig ist es den Geschirrführern gestattet, in verkehrsamen Straßen und wo keine Straßenbahnen fahren, 20 Minuten vor Schankwirtschaften zu halten. Was in Leipzig möglich ist, sollte doch auch in Dresden möglich sein. Die Verbandsleitung hat bereits an die Polizeidirektion das Ersuchen gerichtet, die Bestimmung dahingehend abzuändern. Die Polizeidirektion hat auch Abhilfe zugesichert. Aber wann es wird, ist noch nicht abzusehen. Anzeigen wegen Übertretung dieser Bestimmung sind in letzter Zeit sogar in erhöhtem Maße erfolgt.

Auch die Herren Fuhrunternehmer scheinen jetzt zu der Auffassung gekommen zu sein, daß in der Verkehrsordnung manches abänderungsbedürftig ist. Auf Anregung des Gehilfenausschusses fand am 13. Februar im Keglerheim eine vom Vorstand der Fuhrherrn-Zimung einberufene Geschirrführer-Versammlung statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Vorsitzende der Fuhrherrn-Zimung, Herr Fuhrwerksbesitzer P. Göhler hielt einen Vortrag über: „Die Verkehrsordnung der Stadt Dresden“. Einleitend bemerkte er, daß unter den heutigen Verkehrs-

Nahrungsmittel-Wucher.

Eine gewaltige Preissteigerung für die vorwiegend bei der Viehproduktion in Betracht kommenden Produkte sowie für Hülsenfrüchte und Kartoffeln ergibt die amtliche Preussische Statistik. Sie ergab die Preise von 50 Marktorten. Danach ergeben sich folgende Durchschnittspreise in Mark für 1000 kg:

	Januar 1909	1912	Steigerung in pCt.
Futtergerste	155,3	189,9	16,5
Safer	165,3	197,7	19,6
Heu	60,2	105	50,3
Nichtstroh	47,8	67,4	21,3
Krumm- und Preßstroh	35,4	48,3	36,4
Spätkartoffeln	61,7	86,5	40,2
Erbsen	233,8	341,3	47,4
Linsen	352,6	465,0	31,8
Wohnen	302,1	394,4	30,5

Trotzdem behaupten die Agrarier noch, eine Aufhebung der Futtermittelzölle sei nicht mehr erforderlich, für eine Fleischreinerung fehlten sachliche Gründe. Sie beweisen damit, daß ihr Vorterronneninteresse jede Rücksicht auf das Allgemeinwohl ausschließt!

Verhältnissen eine Regelung des Verkehrs unbedingt notwendig sei. Ob indes die Verkehrsordnung in allen ihren Teilen den praktischen Verkehrsverhältnissen entspricht, ist eine andere Frage und muß billigerweise bezweifelt werden. Unternehmer sowohl wie die Geschirrführer — hier berühren sich die Interessen beider Teile — haben ein Interesse daran, die Verkehrsordnung so zu gestalten, daß die Befolgung derselben im Bereich der Möglichkeit liegt und nicht einem Damoklesschwert gleich. Hierauf bezieht und erläutert er die einzelnen Bestimmungen eingehend in leicht verständlicher und oft humorvoller Weise. Beim § 20 bemerkte er ganz richtig, daß trinkene Geschirrführer im Dienste heute erfreulicherweise Ausnahmefälle seien. Zweifelloß ein Erfolg der Erziehungsarbeit der Gewerkschaften — der Gauleiter des Arbeiter-Affinitäten-Bundes verteilte auch während des Vortrages Flugblätter über die Schäden des Alkohols. Es sei zu hoffen, daß es gelingen wird, die Polizeidirektion zu veranlassen, die Härten in der Verkehrsordnung zu beseitigen.

Die Debatte gestaltete sich recht interessant. In oftmals recht drastischen Ausführungen wiesen die Geschirrführer auf die Widerständigkeit der Verkehrsordnung in der Praxis hin. Selbst dem intelligenten und umsichtigen Geschirrführer sei es nicht möglich, den Bestimmungen der Verkehrsordnung nachzukommen und er ist demzufolge Verurteilung ausgesetzt. Ganz besonders ist es der § 50, der infolge seiner Unberechtigung naturnotwendig am meisten übertreten wird, dessen Befolgung auch allgemein gefordert wurde. Aber auch die Herren Unternehmer tragen einen Teil Schuld mit, weil die Wagen in ihrer Beschaffenheit den Bestimmungen der Verkehrsordnung nicht entsprechen, der Geschirrführer trägt aber die Verantwortung dafür. In vielen Wagen sind keine vorschriftsmäßigen Kutschersitze angebracht. Zum Beispiel bei den Dampfholzwagen. Daß indes auch hier sehr gut ein solcher angebracht werden kann, geht daraus hervor, daß ein diesiger Hausmeister ein solches Holzwagen im Betriebe hat, wo ein Kutschersitz sehr zweckmäßig angebracht ist. Gerade hier müßte Wandel geschaffen werden, weil das Nebenherlaufen mit Lebensgefahr verbunden ist. Gar mancher Kollege hat hierbei und namentlich durch das rücksichtslose Fahren der Straßenbahn, seine gesunden Glieder oder gar das Leben lassen müssen. Man dürfe nicht nur immer einseitig gegen die Geschirrführer vorgehen, sondern soll auch dafür sorgen, daß auch andere, die den Fahrdrumm benutzen, die nötige Sorgfalt beobachten. Schlimm

sieht es auch noch mit der Beschaffenheit der Schleifzeuge aus. Es gibt Firmen — Konfortium N. Inhaber Pflüge — wo die Geschirrführer sogar die Schleiflöcher selbst besorgen müssen. Laternen, Stollen, Schraubenschlüssel und sonstige Zubehör müssen in sehr vielen Fällen die städtischen ebenfalls anschaffen. Daß unter solchen Umständen es hiermit faul aussieht, ist klar. Der Bevollmächtigte unseres Verbandes wies noch auf einige besonders drastische Fälle hin und meinte, daß die Verkehrsordnung den tatsächlichen praktischen Verkehrsverhältnissen so wenig entspricht, komme daher, weil zur Ausarbeitung derselben keine praktischen Leute, also Geschirrführer, hinzugezogen werden. Wohl sind einige Kollegen gehört worden, aber das sei völlig unzureichend. In der Hauptsache wird sie vom grünen Tisch aus gemacht. Es müßte unter allen Umständen vor dem Erlass derart tief einschneidender Bestimmungen eine Kommission aus Fachleuten gehört werden, wenn etwas Praktisches und Brauchbares geschaffen werden soll. Die Leitung unseres Verbandes hat dies schon immer gefordert. — Nachdem nun die Herren Unternehmer sich der Sache mit anzunehmen scheinen, dürfte wohl zu erwarten sein, daß eine Aenderung zum Besseren eintreffe. In seinem Schlusswort gab Herr Göhler seiner Freude dahingehend Ausdruck, daß sein Vorterrat mit so viel Aufmerksamkeit verfolgt und die Diskussion sehr sachlich geführt wurde. In den meisten Fällen seien die vorgebrachten Beschwerden berechtigt und den Wünschen stimme er im allgemeinen zu. Er habe die Beschwerden und Wünsche alle notieren lassen und werde bei der Polizeidirektion vorprechen und um Abhilfe ersuchen. Auch für den Ausbau des Gefahrenschutzes werde er als Vorstand der Zimung Sorge tragen und soweit es in seiner Macht liegt, die Fuhrherren anhalten, für gute Instandhaltung der Wagen zu sorgen und die hier vorgebrachten Mängel zu beseitigen. Der Vorsitzende des Gehilfenausschusses dankt Herrn Göhler für das Referat und für das Entgegenkommen, das er als Vorstand der Zimung seiner Anregung gebracht hat und gibt sich der Hoffnung hin, daß nunmehr eine baldige Beseitigung der Härten in der Verkehrsordnung erfolgen wird.

Hamburg 1. Mitgliederversammlung am 31. Januar. Den Jahresbericht der Sektionsleitung erstattete Stender. Lohnbewegungen hatten wir im verflohenen Jahr 46, davon Angrißbewegungen 45 in 409 Betrieben mit 2838 Beschäftigten; hiervon waren organisiert 1967, unorganisiert 871. Von den Angrißbewegungen wurden 43 mit 2344 Beschäftigten ohne Arbeitseinstellung erfolgreich beendet. Zur Arbeitsniederlegung kam es bei 2 Bewegungen bei den Holzlagerarbeitern sowie bei der Silberer Meterei, insgesamt 34 Betriebe mit 494 Beteiligten. Die durch die Bewegungen erzielte Lohnerhöhung betrug im niedrigsten Fall 52 Pf., im Höchstfall 4,50 Mtl., im Durchschnitt 1,91 Mtl. pro Kopf und Woche. Arbeitszeitverkürzung errangen 1057 Kollegen 4052 Stunden, durchschnittlich 3 Stunden 50 Minuten. Ferien erreichten 678 Kollegen in 31 Betrieben. Auf die einzelnen Gruppen verteilt sich das Ergebnis folgendermaßen: Im Handlungsgewerbe 21 Bewegungen mit 43 Betrieben und 1022 Beschäftigten ohne Arbeitseinstellung, 2 Bewegungen mit 34 Betrieben und 494 Beschäftigten mit Arbeitsniederlegung, insgesamt 23 Bewegungen mit 1516 Beschäftigten; organisiert waren hiervon 958, nicht organisiert 558. Erreicht wurde für 996 Beteiligte 2562,05 Mtl. Lohnerhöhung oder pro Kopf und Woche 2,57 Mtl. Arbeitszeitverkürzung bekamen 340 Beteiligte in 21 Betrieben (Mingbrauereien) 3 Stunden pro Woche; die Verkürzung tritt allerdings erst am 1. Januar 1914 in Kraft. Ferien erlangten 463 Kollegen in 28 Betrieben. Im Transportgewerbe waren 10 Lohnbewegungen in 313 Betrieben mit 1108 Beschäftigten, davon waren organisiert 843, unorganisiert 265. Erreicht wurde an Lohnerhöhung für 1053 Kollegen 2541 Mtl., ca. 2 Mtl. pro Kopf; Arbeitszeitverkürzung erzielten 627 Kollegen 3762 Stunden, ca. 6 Stunden pro Kopf. Ferien wurden in einem Betriebe für 173 Beteiligte bewilligt. Außerdem waren in anderen Gruppen noch Bewegungen in 19 Betrieben mit 214 Beschäftigten, hiervon waren unorganisiert 48. Durchgesetzt wurde für 156 Kollegen an Lohn-erhöhung 252,45 Mtl. pro Woche, pro Kopf 1,61 Mtl., Arbeitszeitverkürzung für 90 Beteiligte 270 Stunden, pro Mann 3 Stunden. Ferien errangen 42 Kollegen in 2 Betrieben. Bei der Ueberlicht über die Bewegungen eröffnet sich so recht das vor uns liegende zu beackernde Feld; wir ersehen daraus, wie notwendig die Organisationsarbeit ist, wie jeder dazu beitragen muß, auch den letzten Mann für uns zu gewinnen. Es ist einfach skandalös, wenn nahezu ein Drittel der Beschäftigten wohl die Ernte mit her einbringt, sich aber auf jegliche Art darum herum-drückt, das Feld zu bestellen. Ein großes Stück Arbeit ist noch zu verrichten. Hätten diese „Duffiber“ mit in unsern Reihen gestanden, hätte jedenfalls auch mehr herausgeholt werden können. Darin liegt aber auch sehr oft die Notwendigkeit, sich mit dem Gebotenen zufriedenzugeben, da die Garantien, bei einer eventuellen Arbeitseinstellung mehr herauszuholen, dadurch mindestens sehr fragwürdig sind. Der Mitgliederbestand der Sektion ist von 10 104 auf 10 954 gestiegen, somit eine Zunahme von 850 Mitgliedern. Auf den ersten Blick erscheint die Zunahme nur gering, wenn wir aber bedenken, daß größere Gruppen von unserer Sektion abgenommen und anderen Sektionen überwiesen sind z. B. Straßenbahner, Kohlenarbeiter, Kohlenkutscher usw., können wir mit der Zunahme wohl zufrieden sein. An den mit Beifall aufgenommenen Bericht schloß sich eine kurze Diskussion. Beim nächsten Punkt, Wahlen, werden Hermann, Wolter, Döring und Hahn als Ortsverwaltungsmitglieder vorgeschlagen. Bei der ersten Zählung war der Kollege Reich als vorgeschlagen bekannt gegeben, die nachträgliche genaue Zählung ergab, daß

Sahn mit zwei Stimmen Mehrheit vorgeschlagen ist. In die Sektionsleitung wurden Stender als Sektionsleiter und Köppen, Baur, Sahn, Flos, Martins und Schilling als Beisitzer gewählt. Als Revisor wird Sterz, zum Mitglied des Vorstandes Müllt wiedergewählt. Die Fahnenkommission besteht aus Kummer, Hillers, Wegewig, Timm, Bretag und Popp. Als Finanzkontrolleure werden Trost, Kunte, Jakob und Popp bestimmt. Die hierauf verlesene Abrechnung vom Wintervergnügen schließt mit einer Einnahme von 695,90 Mk. und einer Ausgabe von 762,32 Mk. ab, somit bleibt ein Defizit von 66,42 Mk. Nachdem noch einige interne Sachen erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Ludwigsburg. Ein wahres Genie scheint der Speiditeur Herr Bernhard Sturm in Ludwigsburg zu sein. Seit einer Reihe von Jahren hat Herr Sturm vertraglich die Kohlenzufuhr für das Gaswerk sowohl als auch für das in neuerer Zeit erstellte Schwimmbad sich zu sichern verstanden. Da nun in diesem Jahre der Vertrag mit der Stadtgemeinde abläuft, glaubte Herr Sturm, daß nun auch für ihn wieder der Zeitpunkt gekommen sei, um ein Hühnchen für sich zu rupfen. Flugs wurde eine Eingabe an die Stadtverwaltung gemacht, in welcher gefordert wurde, die Zufuhrgebühren für 10 000 Kilogramm von 10 auf 12 zu erhöhen. Begründet wurde diese Erhöhung aber damit, daß er genötigt gewesen sei, bedeutende Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Am 17. Januar besuchte sich nun die Stadtverwaltung mit dieser Forderung des Herrn Sturm, konnte jedoch bezüglich der Erhöhung der Gebühren zu keinem Beschluß kommen, da der Satz allgemein als zu hoch angesehen wurde. Dagegen wurde allgemein gewünscht, daß auch die Stadtverwaltung mit anderen Unternehmern in Verbindung treten und mit diesen verhandeln solle. Dies veranlaßte nun anscheinend Herrn Sturm, der seinen Profit gefährdet sah, sein arbeiterfreundliches Herz in aller Deffentlichkeit zu entpuppen. Gleichzeitig sollte anscheinend auch der Stadtverwaltung mit dem Jaunpfahl gewunken werden, daß nicht allein sie, sondern auch die Privatunternehmer und Geschäftskreise gerupft werden. Die Stadtverwaltung also sehr wohl in der Lage sei, das geforderte zu bewilligen. Bereits einige Tage darauf erschien in der „Ludwigsburger Zeitung“ folgende interessante Notiz:

Lohnerhöhung. Die Arbeiter und Fuhrleute der Speiditionsfirma Bernhard Sturm versammelten sich am vergangenen Samstag abend im Restaurant zum „Güterbahnhof“ zu einem gemeinsamen Essen, das von dem Inhaber der Firma aus Anlaß einer allgemeinen Lohnerhöhung gestiftet wurde. Diese Lohnerhöhung wurde ermöglicht durch eine am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Preiserhöhung der Fuhrpreise, welche von der Kundschaft in dankenswerter Weise anerkannt wurde. Die Erhöhung der Löhne, die nach dem Dienstalter in sechs Klassen eingeteilt wurde, beträgt 10 bis 35 Pf. für den Tag. Außerdem wurde den Fuhrleuten die Arbeitszeit wesentlich verkürzt. Die Arbeiter und Fuhrleute der Firma anerkennen, daß von der hiesigen Geschäftswelt durch Annahme des Preisaufschlages bewiesene Entgegenkommen mit Dank!

Nach dieser Leistung, die gewiß ein starkes Stück darstellt, ist es notwendig, ein wenig näher nach der Lohnerhöhung zu sehen, zumal selbst Leute, die bereits jahrelang im Betrieb beschäftigt waren, ob solcher, sagen wir einmal Kühnheit, den Kopf schüttelten, trotzdem sie manches von Herrn Sturm gewohnt waren. Zunächst wollen wir ehlich, wie wir nun einmal sind, anerkennen, in wie selbstloser Weise Herr Sturm das Festessen veranstaltete. Nach den uns gewordenen Informationen erhielten die Kollegen als Festessen zwei rote Würste, dazu Salat und ein Quantum Bier. Als nun vermittelst des Alkohols die notwendige Stimmung in den ausgehungerten Mägen erzeugt war, ging es an die Lohnerhöhung. Also auch die kam und was für eine! 10 bis 35 Pf. soll aufgebessert worden sein pro Tag. Stimmt auch! Wir gestatten uns aber doch die Frage, wie kommt es denn, daß trotz dieser Aufbesserung Leute, die vier Jahre im Betrieb beschäftigt sind, jetzt 40 Pf. pro Woche weniger haben wie vorher? Warum hat denn Herr Sturm den Wochenlohn umgewandelt in Tagelohn? Doch wohl nicht deshalb, um durch Abzug der Feiertage wieder auf seine Kosten zu kommen? Selbst das von der Firma gespendete Festessen soll nach einigen Variationen der Leute im Betrage von 1,30 Mk. abgezogen worden sein, wobei wahrscheinlich Herr Sturm kein schlechtes Geschäft gemacht hat. Nun aber zu der Arbeitszeitverkürzung der Fuhrleute. Auch hier hat Herr Sturm recht, aber wie! Herr Sturm war nämlich so nobel, seinen Leuten, die vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein für 19 bis 21 Mk. pro Woche schuften müssen, einen Stallmeister zu stellen. Da nun natürlicherweise ein Stallmeister auch Geld kostet, dießel er nicht von den Stallabfällen leben kann, zieht unser Herr Sturm immer freigebig just jedem Fuhrmann 1 Mk. pro Woche ab. Dafür haben die Fuhrleute die Gewißheit, daß ihnen der Stallmeister, wenn sie abends 9 oder 10 Uhr nach Hause kommen, bis sie ihre Pferde in den Stall gestellt haben, das Futter eingeschüttet hat, sowie für Wasser usw. sorgt. Das nennt man dann bei Herrn Sturm „wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit“. Wahre! Idealer hätte es Herr Sturm sicherlicherweise nicht angehen können. Da dieser Abzug begreiflicherweise nicht der „Verkürzung“ der Arbeitszeit ziemlich böses Blut erregte, sah sich anscheinend Herr Sturm veranlaßt, die Lohnerhöhung durchzuführen, die dann unter dem obligaten Festessen so verließ, daß für die Stallmeister-Abzüge ein Schmerzensgeld gewährt wurde, das immerhin bei einzelnen immer noch 30 bis 40 Pf. pro Woche weniger

beträgt, als was der Abzug ausmacht. So sieht also die mit großem Lantam in Szene gesetzte Lohnerhöhung aus!

Herr Sturm hat anscheinend die Ueberzeugung, daß er mit den in seinem Betrieb beschäftigten Leuten eben anfangen kann was er will. Es wird wohl nie und da eine Faust in der Tasche gemacht, aber weiter reicht es nicht. Man sollte eigentlich zu der Meinung kommen, daß nach all dem Vorgesagten endlich einmal von selbst ein anderer Geist unter die dort beschäftigten Kollegen hineinkomme. Kollegen! rufft euch endlich einmal auf! Rings um Ludwigsburg, beinahe auf jeder Nase, droben in Feuerbach, Zuffenhausen haben die Kollegen bei bedeutend kürzerer Arbeitszeit 5 bis 6 Mk. mehr Lohn pro Woche, als wie ihr; dabei muß beachtet werden, daß das Leben in Ludwigsburg, wenn nicht noch teurer, so doch mindestens so teuer ist, als wie in den genannten Orten. Darum, Kollegen, endlich hinein in die Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, der allein die Gewähr dafür bietet, daß auch bei euch andere und bessere Verhältnisse Platz greifen.

Das eine aber möchten wir Herrn Sturm gegenüber noch bemerken, daß wohl auch für Ludwigsburg die Zeiten endgültig vorüber sind, in denen man die Transportarbeiter als willenlose Werkzeuge ansahen und am Ende der Woche mit zerschundenen Gliedern und einem herrenden Wochenlohn von 19 bis 20 Mk. in der Tasche nach Hause schicken kann. Das mag wohl früher möglich gewesen sein, wo gewisse Leute, die heute sich durch Zufall, nicht durch Verdienst als Herren aufspielen können, noch selbst die Peitsche in der Hand hatten und allgemein als die „Intelligenz“ der Fuhrleute Ludwigsburgs bekannt waren. Das eine aber können wir konstatieren, daß seit der Zeit, als jener Herr selbst noch die Peitsche in der Hand hatte, wahrlich kein Fuhrmann mehr, selbst der dümmste nicht, so dumm war, und, um sich zu vergrößern, ob das Stuttgarter Tor auch breit genug sei, um mit einem Möbeldwagen durchfahren zu können, das selbe mit der Peitsche abzumessen. Vereicht hat es anscheinend und zwar nicht zu knapp. Das für heute. Zugleich möchten wir aber versichern, daß wir gerne bereit sind, die Selbsttaten zu würdigen, denn Ehre wem Ehre gebührt!

Posen. Erfolgreiche Lohnbewegung. Die Kollegen bei der Firma Friedländer u. Co. erhielten bisher einen Wochenlohn von 20.— Mk.; sie waren damit nicht zufrieden und organisierten sich bis auf den letzten Mann in unserem Verbande. In der letzten Betriebsversammlung, in der der Gauleiter anwesend war, beschloßen die Kollegen, durch die Organisation Forderungen einzureichen. Am Sonnabend, den 3. Februar ließ die Firma die Kollegen wissen, daß sie freiwillig 1 Mk. zulegen wolle, und sollten die Kollegen erklären, ob sie dafür weiter arbeiten wollen. Am Sonntag wurde die Lohnkommission vorstelltig; die Firma verhielt sich aber ablehnend und sagte den Kollegen, sie sollten nur Schneeschuppen gehen.

Am Sonntag, als die beiden Vorarbeiter ins Büro gingen, um die Arbeitseinstellung entgegenzunehmen, ließ der Arbeitgeber durchblicken, daß er noch 50 Pf. zulegen würde, aber keinesfalls mehr; darauf erklärten die Kollegen, daß dann Montag der Betrieb ruhen würde. Hierauf bekamen sie auch keine Arbeit zuteil. In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung beschloßen nun die Kollegen einstimmig, am Montag zu streiken. Montag früh wurde dann der Betrieb mit Streikposten umstellt; doch gelang es drei Streikbrechern, unter dem Schutze der Polizei in den Betrieb hineinzukommen. Die Herren verschwanden aber am frühen Nachmittag bereits wieder von der Bildfläche.

Am Montag nachmittag nahm dann unser Ortsbeamt mit dem Geschäftsführer der Firma, der am Speicher patrouillierte, Fühlung und vereinbarte, daß die zwei Vorarbeiter und ein Kollege von der Lohnkommission nach dem Kontor zu Verhandlungen kommen sollten. Auf die bescheidene Anfrage, ob der Verbandsangestellte den Verhandlungen beiwohnen dürfe, wurde ihm dieses mit einem Male bereitwillig gestattet. Nach zwei Stunden gelang es uns, mit der Firma einen Tarif unter Anerkennung des Verbandes abzuschließen. Die wichtigsten Positionen dieser Vereinbarung lauten:

Die Arbeitszeit für Speicherarbeiter dauert: Vom 1. April bis 30. September von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, vom 1. Oktober bis 31. März von 6 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends. Am Sonnabend ist um 5 Uhr nachmittags Arbeitsluß.

Die Arbeitszeit wird unterbrochen durch eine halbstündige Frühstückspause, eine einstündige Mittagspause und eine halbstündige Vesperpause.

Löhne. Der Mindestlohn für Speicherarbeiter beträgt 20 Mk. pro Woche; diejenigen Arbeiter, welche bisher über 20 Mk. Wochenlohn hatten, erhalten eine Zulage von 2 Mk. pro Woche, Invaliden- und Krankentafelbeiträge wie bisher zu Lasten der Firma.

Ueberstunden. Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden; wo sie jedoch ausdrücklich vom Arbeitgeber gewünscht werden, wird 60 Pf. pro Stunde gezahlt. Der Ueberstundenausatz wird auch dann bezahlt, wenn auf Verlangen des Arbeitgebers aus Betriebsbedürfnissen während der Mittagspause ganz oder teilweise durchgearbeitet wird.

Die Kollegen können mit dem Erfolge zufrieden sein, wenngleich auch nicht alles zu erreichen war, was gefordert wurde, so muß aber beachtet werden, daß bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit der Erfolg hoch einzuschätzen ist.

Geradezu musterhaft haben sich die 16 streikenden Kollegen gehalten, es war eine Freude, zu sehen, mit welchem Eifer sie die ihnen übertragenen Lehren als Streikposten usw. ausführten, auch war die absolute Mächtigkeitszeichen für die Erwachung des Klas-

senbewußtseins der Kollegen. Die Kollegen haben sämtlich 2 Mk. pro Woche Zulage erhalten, ferner eine Arbeitszeitverkürzung am Sonnabend um 1 1/2 Stunden. Bezahlung der Ueberstunden mit 60 Pf. pro Stunde. Es haben jetzt 13 Kollegen 22 Mk. Wochenlohn, ein Vorarbeiter 23 Mk., ein Vorarbeiter 25 Mk. und ein Vorarbeiter 26 Mk. Invaliden- und Krankentafelbeiträge bezahlt die Firma. Bei diesem Streik hat es sich wieder gezeigt, daß der polnische Arbeiter schwer der Organisation zuzuführen, wenn er aber darin ist und den Gedanken begriffen hat, dann hält er fest wie Eisen. Wir wollen hoffen, daß diese Lohnbewegung den uns noch fernstehenden Kollegen die Augen darüber öffnen wird, daß nicht nationale Verbände, wie der Polnische Berufsverband, sondern nur der Transportarbeiterverband ihre Interessen vertritt. Unseren Kollegen, die aus Anlaß des letzten Transportarbeiterstreik 1-2 Wochen ins Gefängnis mußten, weil sie angeblich Streikbrechergefühle belästigt haben sollten, ist Inhaftierungsunterstützung ausgezahlt worden. Dagegen haben die Kollegen, die dem Polnischen Verband angehören, weder Streik- noch Inhaftierungsunterstützung erhalten.

Deshalb muß die Parole heißen: Kollegen organisiert, agitiert, werbet für den Transportarbeiterverband. Sagt den säumigen Kollegen, was wir schon erreicht haben. Macht den Ruf zu schanden: „In Polen ist nichts zu holen!“ In Polen ist noch sehr viel zu holen, und zwar aus den Taschen der Arbeitgeber in Gestalt von Lohnzulagen und Verkürzung der Arbeitszeit! Deshalb auf die Schanzen Kollegen. Jeder Kollege muß seinen Stolz daran setzen, im Jahre mindestens ein neues Mitglied zu bringen, dann werden wir in kürzester Zeit die Lage aller Posener Berufs Kollegen verbessern können.

Die „Südwestdeutsche“ ist ganz aus dem Häuschen. Grund dazu ist, daß wir das Verbrechen begangen haben, die Mitgliederliste des Unternehmerversandes in Hannover zu veröffentlichen und daran die Bemerkung zu knüpfen, daß hoffentlich die Arbeiter nicht so dumm sein werden, durch ihre Kundschaft ihre Feinde zu unterstützen. Die „Südwestdeutsche“ knüpft folgende hübsche Bemerkung an unsere Aeußerung:

„Eine solche Brutalität ist denn doch noch nicht dagewesen. Es wird offen zum Wohlth der Arbeitgeber aufgefordert, die sich organisiert haben. Von denselben Leuten, die als erstes Heilmittel die Organisation empfehlen, die Feuer und Morbid schreien, wenn einmal ein organisierter Genosse entlassen wird, selbst wenn dies nicht seiner Verbandsangehörigkeit wegen geschieht. Es ist wirklich traurig, sich mit solchen Leuten herumzuschlagen zu müssen, noch trauriger aber, daß vielfach vernünftige Arbeiter sich in ein solches Schlepptau nehmen lassen.“

Gemach, liebe „Südwestdeutsche“. Das, was wir getan, hast du uns wiederholt vorgemacht. Es ist also treffende Selbstkritik was du da schreibst. Du bist es gewesen, die, so lange es dir möglich war, stets die Namen unserer Verbandsmitglieder in den einzelnen Orten veröffentlicht hat. Das geschah doch nur zu dem durchsichtigen Zwecke, unsere Vertrauensleute den Unternehmern zu schärfer Beaufsichtigung resp. gelegentlicher Maßregelung besonders zu empfehlen. Wundere dich also nicht, wenn wir jetzt mit gleicher Münze heimzahlen. Schläge also an deine eigene Brust, denn dein Redakteur ist es gewesen, der eine solche noch nicht dagewesene Brutalität, arme Teufel brotlos zu machen, wenn ne versuchen, auf rechtem und gesetzlichem Wege ihre Interessen zu vertreten, zuerst propagiert hat.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Verlin. Am 8. Februar hielten die Hausdiener und Bader der Textilbranche ihre Jahresversammlung ab. Den Bericht gab der Branchenleiter. In längeren Ausführungen schilderte derselbe die Tätigkeit der Branchenleitung sowie der Funktionäre und zeigte an der Hand des Tätigkeitsberichts, daß trotz der bedeutenden Schwierigkeiten innerhalb der Agitation doch Vorteile für die Kollegen erungen wurden. Dieß zeigt sich in einem Teil der Betriebe, in denen Lohnaufbesserungen erzielt wurden. Auch ergab sich, daß aus Anlaß der fortwährenden Verteuerung aller Bedarfsartikel und Lebensmittel für ein groß Teil unserer Kollegen Anträge auf Feuerungszulagen an die Unternehmer gerichtet, denen erfreulicher Weise in größerer Zahl von einsichtsvollen Unternehmern zugestimmt wurde. Von der umfangreichen Agitation, die im letzten Jahre geleistet wurde, legte die Anzahl der Veranstaltungen herabdes Zeugnis ab. Es fanden 12 Versammlungen, 213 Betriebsbesprechungen, 15 Vertrauensmännerversammlungen und 10 Verhandlungen statt. Ausnahmen waren 323 zu verzeichnen. Mit dem Hinweis auf die Pflicht jedes einzelnen Kollegen, unausgesetzt für die Ausbreitung des Organisationsgedankens tätig zu sein, und der Aufforderung an die Vertrauensleute, regelmäßige Betriebsführungen stattfinden zu lassen, schloß der Branchenleiter seinen interessanten Bericht. Nach einer kurzen Diskussion, in der die Kollegen auf die unter den Kollegen bestehende Interessenlosigkeit hinwiesen, die zum weitest aus größten Teil an den noch bestehenden ungünstigen Lohnverhältnissen mit die Schuld tragen, indem sie absetzt stehen, wurde die Wahl der Branchenleitung vorgenommen und die Kollegen Wolter, Schulz, Kaiser, Scholze, Moritz, Pfeifer, Schüler, Schulze und Schaele als Mitglieder der Branchenleitung gewählt. Mit einem Hinweis auf recht zahlreiche Beteiligung an dem zu veranstaltenden Vertrauensmännertkursus erfolgte Schluß der Versammlung.

Wieder a. Rh. In der Generalversammlung am 6. Februar wurde der Jahresbericht gegeben. Am Schlusse des Jahres waren 165 Mitglieder vorhanden. Die Arbeit ist eine ziemlich große gewesen. Wenn weiter so gearbeitet wird, dann sind wir der Meinung, dass wir nächstes Jahr über unsere Mitgliederbewegung noch Erfreulicheres berichten können. Mitgliederversammlungen wurden 19 abgehalten, öffentliche Versammlungen 2, Sitzungen und Vorträge 15. Die Gesamteinnahmen inkl. Kassenbestand betragen 2193,20 Mk. Die Hauptkasse erhielt in bar 469,99 Mk. In Quittungen für Arbeitslosenunterstützung 39 Mk., Krankenunterstützung 161,50 Mk., Streifenunterstützung 515,44 Mk., Gemispregeleinenunterstützung 77 Mk., Kostunterstützung 30 Mk., Rechtschug 22 Mk., zusammen 1382,03 Mk. Die Revisoren beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Hieraus wurde die Gesamtverwaltung gewählt. Dann schloß die Versammlung.

Wrahe. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben unseres Kollegen König in üblicher Weise geehrt. Geschäfts- und Kassenbericht wurde bekanntgegeben. Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 498 männliche und 2 weibliche. Kassenbestand 993,04 Mk. Die Ortsverwaltung bildete sich aus folgenden Kollegen: 1. Bev. Müller, 2. Bev. Meiners, Kassierer Brodner, Unterkassierer Vicenten, 1. Schriftführer Zenger, 2. Schriftführer Borg, Beisitzer Schindler, Verb. Müller, Brodit, Revisoren Lürig, Müllner, Martens, Obmänner Schumacher, Laslofsky, Düten, Krodol, Pannemeier, Schäfer, Verb. Müller, Hunte-mann, Lebr. Kuhlmann, Junge, Wittkop, Kohl, Hofer. Dann Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Unsere am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte, nahm einen würdigen Verlauf. Unter größter Aufmerksamkeit der Zuhörer erstattete der Ortsbeamte Bericht vom vierten Quartal und im Anschluß den Jahresbericht. Unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, beschränkte sich Redner auch diesmal darauf, nur die markantesten Vorkommnisse und diejenigen Momente hervorzuheben, die im schriftlichen Jahresbericht keine Aufnahme finden konnten. Die Ausführungen des Berichterstatters sowohl, als auch der nachfolgenden Diskussionsredner gipfelten darin, daß das Jahr 1911 für unsere Verwaltungsjahre ein Jahr mühevoller Arbeit, aber auch ein Jahr gesunder Fortentwicklung war. Mit den Ergebnissen unserer Lohnbewegungen können wir durchaus zufrieden sein. — Nachdem konstatiert worden war, daß das Zusammenarbeiten der Ortsverwaltungsmitglieder ein gedeihliches und harmonisches gewesen sei, erfolgte einstimmige Wiederwahl der Kollegen in dieselbe. In weiterer Folge gab der Gauleiter einen Überblick über die Tätigkeit des Gauvorstandes im letzten Jahre. Gestützt auf reiches Zahlenmaterial führte derselbe den Nachweis, daß die Tätigkeit dieser Körperschaft und der Tätigkeitsbereich des Gauleiters in dem Maße zunehmen, in dem sich die Zahl der Mitglieder und Mitgliedschaften erfreulicherweise mehren. — Die bisherigen Gauvorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Mit einem lebhaften Appell an die Mitglieder, alle dazu beizutragen, daß im angefangenen Geschäftsjahre die erste Hälfte des zweiten Tausend vollgemacht werde, erreichte die Generalversammlung ihr Ende.

Essen-Ruhr. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 4. Februar statt und war gut besucht. Der Kartellbericht wurde entgegengenommen, dann der Kassen- und Geschäftsbericht gegeben. Wir lassen den Kassenbericht vom 4. Quartal nachstehend folgen:

Einnahmen:

Kassenbestand am 31. 10. 1911	250,—	Mk.
99 Aufnahmen a 1 Mk.	99,—	"
40 " a 50 Pf.	20,—	"
6217 Wochenbeiträge a 50 Pf.	3108,50	"
693 " a 25 Pf.	173,25	"
136 Sponsionsbeiträge a 25 Pf.	34,—	"
207 Sponsionsbeiträge a 50 Pf.	103,50	"
477 Streifenbeiträge a 30 Pf.	143,10	"
Zuschuß von der Hauptkasse	805,58	"
Zusammen	4736,93	Mk.

Ausgaben:

Für Reiseunterstützung	20,50	Mk.
Prozente, Gehalt, Entschädigung	1299,95	"
Miete, Materialien, Telephon	134,40	"
Versammlungen, Annoncen, Reise-tate, Drucksachen	38,96	"
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	12,30	"
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	140,—	"
Porto usw.	25,71	"
An die Hauptkasse abgeführt	2815,06	"
Zusammen	4486,93	Mk.
Kassenbestand am Schlusse des Quartals	250,—	"
Zusammen	4736,93	Mk.

Bilan:

Einnahmen	4736,93	Mk.
Ausgaben	4486,93	"
bleibt ein Kassenbestand von	250,—	Mk.

Mitgliederbewegung:
Bestand am Ende des vorigen Quartals: 501.
Im Laufe des Quartals wurden neu aufgenommen: 99 männliche, 36 weibliche und 4 jugendliche Mitglieder. Uebertritte aus anderen Verbänden waren 11 und zugereift aus anderen Verwaltungsjahren waren 5 zu verzeichnen, zusammen 155 Eintrittige. Im Laufe des Quartals schieden aus 24, nach anderen Verwaltungen zogen ab 17; bleibt also ein Bestand am 31. 12. 1911 von insgesamt 615 Mitgliedern. — Ein Fortschritt ist zu verzeichnen: wur-

den doch im Laufe des Quartals 1830 Beitragsmarken mehr verkauft wie im vorigen Quartal und die Zahl der Kollegen um 114 vermehrt. Das müßte jedem ein Ansporn sein, jetzt nach den Reichstagswahlen kräftig für die Organisation zu agitieren. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es sind im Laufe des Quartals eingegangen: Briefe und Karten 76, Drucksachen 4, Karte 97, Telefongespräche 30, Geldsendungen 1; Ausgänge: Briefe und Karten 500, Drucksachen 390, Karte 1, Telefongespräche 30, Geldsendungen 1. Auskünfte an Kollegen wurden 59 erteilt; Schriftstücke wurden 11 angefertigt; Versammlungen wurden 42 und Vorträge und Sitzungen 45 abgehalten. — Hieraus können die Kollegen ersehen, daß im verfloßenen Quartal die Ortsverwaltung nichts unversucht ließ, die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln.

In der darauf folgenden Diskussion nahm der Kol. Kimmritz das Wort. Er betonte unter anderem, daß die Mitglieder, um nicht ihrer Rechte verlustig zu gehen, ihre Beiträge recht pünktlich zahlen müßten. Viele Mitglieder seien auch mit ihren Extramarken im Rückstand. Erwerblosenunterstützung könne nur laut Beschluß der Mitglieder selber, Sonnabends gezahlt werden. Ausnahmen könnten nicht gemacht werden. Der **Arbeitsnachweis** liege noch sehr darnieder. Von den im Quartal gemeldeten 16 Stellen seien nur 5 durch Kollegen gemeldet worden. Die Mitglieder müßten sich mehr wie bisher um diese Einrichtung kümmern und alle bekannt werdenden freien Stellen sofort dem Bureau melden. Wenn im neuen Jahre in der Werbung neuer Mitglieder jeder Kollege seine volle Schuldigkeit tue, wird sich unsere Mitgliedschaft weiter gut entwickeln. Jeder müsse es als seine Aufgabe betrachten, daran mitzuarbeiten, daß unsere Ortsverwaltung am Schlusse des Jahres 1000 Mitglieder zähle.

Dann erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Auf Vorschlag der Funktionärerversammlung wurden folgende Kollegen gewählt: Th. Groen 1. Bevollmächtigter, Wilh. Kimmritz 2. Bevollmächtigter, O. Dörr 1. Kassierer, P. Freitag 2. Kassierer; als Beisitzer Ementhaler, Bzatta, Engel, Sander und Glagel, als Revisoren Zimmermann, Strehl, Ulrich, Mariell, delegierte Hammer, Ewert, Sander, Ementhaler, Rudorf und Daugisch. — Dann wurde vom 1. Bezirk ein Antrag eingebracht, auch in diesem Jahre ein Silbungsfest zu feiern. Dem Antrage wurde zugestimmt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der Versammlung.

Gelsenkirchen. Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende. Es haben stattgefunden 16 Versammlungen und 26 Sitzungen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 1910: 42 und ist bis zum Schlusse des 4. Quartals 1911 auf 92 gestiegen. Der Markenumsatz betrug im 1. Quartal 589, im 2. Quartal 683, im 3. Quartal 800 und im 4. Quartal 920. Insgesamt einen Markenumsatz von 2292 Marken. Wir können mit dem erzielten Erfolg zufrieden sein. Es könnte aber noch viel mehr geleistet werden, wenn jeder Kollege seine Pflicht tut. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen im kommenden Jahre etwas mehr für die Organisation arbeiten, wie in dem verfloßenen. Wir wollen nicht eher ruhen, bis der letzte Mann der Organisation zugeführt ist. Da ist es vor allen Dingen notwendig, daß die Kollegen die Versammlungen besuchen. Hier wird ihnen klar gemacht, wie sie die Agitation zu betreiben haben. Die Neuwahl ergab folgenden Resultat: als 1. Bev. Becker, als Kassierer Streub und als Schriftführer Schmelzinger; Revisoren wurden Wagner, Söntgen und Dirsdorf und als Beisitzer Sanderwald, Drilling und Giese gewählt. Dann Schluß der Versammlung.

Guben. In der Versammlung am 4. Februar wurden die Zustände in der Genossenschaftsbrauerei kritisiert. Dann wurde die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahl der Verwaltung ergab: Schumann Bev., Kassierer Kassierer, Krahl Schriftführer, Kühn Unterkassierer, Freier und Hüfer Revisoren. Dann wurde ein Wintervergnügen beschlossen. Die Versammlungen finden künftig jeden ersten Sonntag im Monat nachmittags 3 Uhr bei Hensch, Salsmarktstr. 18, statt. Die Kollegen werden aufgefordert, nicht nur selbst pünktlich zu erscheinen, sondern auch unorganisierte Mitarbeiter mitzubringen.

Hannover. Am Sonntag, den 4. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Wie aus demselben ersichtlich, hat sich die Verwaltungsstelle im verfloßenen Jahre in erfreulicher Weise entwickelt. Es ist uns gelungen, das erste Tausend Mitglieder zu erreichen. Mit 1043 Mitgliedern schließt das 4. Quartal 1911 ab; gegenüber dem Vorjahre ist das ein Mehr an Mitgliedern von 187. Aber auch die Beitragzahlung ist eine bessere geworden; hat sich doch der Beitragsdurchschnitt von 47,4 im Jahre 1910 auf 49,3 im Jahre 1911 gehoben. An Wochenbeitragsmarken wurden im Vorjahre 38 382, in diesem Jahre aber 46 029 Stück umgesetzt. Mithin mehr 7647 im letzten Jahre. Auch eine ganze Anzahl Lohnbewegungen konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Leider ist jedoch nur ein kleiner Teil der Mitglieder hieran beteiligt, da es sich durchweg um kleine Beträge handelt. Im März 1911 waren wir dazu übergegangen, einen bescheidenen Einlasser anzustellen. Die von so vielen Kollegen ausgesprochene Bestürzung, daß hierunter die Organisation leiden würde, hat sich als irrig herausgestellt. Es kann heute mit Fug und Recht behauptet werden, daß sich das System der Wochenbeitragskassierung bewährt hat. — Der Kassenbericht lag den Mitgliedern ebenfalls gedruckt vor; wir lassen denselben hier folgen:

Abrechnung vom 4. Quartal 1911.

Einnahmen:

Bestand vom vorigen Quartal	1327,25	Mk.
110 Beitragsgelder a 1 Mk.	110,—	"
8 " a 50 Pf. (weibl.)	4,—	"
2 " a 50 Pf. (jügl.)	1,—	"
10405 Wochenbeiträge a 50 Pf.	5202,50	"
2053 " a 25 Pf. (weibl.)	513,25	"
170 " a 25 Pf. (jügl.)	42,50	"
10405 örtl. Zuschußbeiträge a 10 Pf.	1040,50	"
2223 " a 5 Pf.	111,15	"
133 Beitr. zum örtl. Fonds a 25 Pf.	33,25	"
16 Streifonds a 30 Pf.	4,80	"
219 Beitr. z. Gewerkschaftshaus a 50 Pf.	109,50	"
Sonstige Einnahmen	40,25	"
Festüberschuß	60,20	"
Zusammen	8599,95	Mk.

Ausgaben:

Für örtliche Extramentierung	20,—	Mk.
" " Reiseunterstützung	45,50	"
Verwaltungsausgaben:		
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Prozente usw.)	1373,02	"
b) sächliche (Materialien, Miete, Telephon usw.)	312,47	"
Für Versammlungen, Annoncen, Reise-tate, Drucksachen usw.	76,55	"
" Bibliothek und Zeitschriften	152,48	"
" Kartell- und Sekretariatsbeiträge	196,17	"
Zum Gewerkschaftshaus a Konto	300,—	"
" Porto, Telegramme usw.	53,90	"
" Weihnachtunterstützung	91,10	"
" die ausgesperrten Tabakarbeiter	100,—	"
" Lichtbildvortrag	42,10	"
" Kränze	14,25	"
An die Hauptkasse abgeführt	4630,85	"
Kassenbestand am Schlusse des Quartals	1191,56	"
Zusammen	8599,95	Mk.

Die Hauptkasse erhielt:

In bar erhielt	2960,75	Mk.
In Quittungen:		
Für Arbeitslosenunterstützung	238,—	"
" Krankenunterstützung	954,10	"
" Extramentierung	100,—	"
" Verdigungsbeihilfe	245,—	"
" Rechtschug	83,—	"
Zusammen	4630,85	Mk.

Nach eingehender Debatte wurde dann der Verwaltung Entlastung erteilt. Hieraus erfolgten die Neuwahlen. Ein Antrag der Ortsverwaltung, die Beiträge zum Verbandshaus in der Weise aufzubringen, daß der Beitrag ab 1. April um 5 Pf. erhöht wird, wurde abgelehnt. Dann erfolgte Vertagung der Versammlung, da die Zeit bereits weit vorgeschritten, die Tagesordnung aber voraussichtlich nicht mehr erledigt werden konnte.

Heidelberg. Die am 30. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte einen besseren Besuch aufzuweisen dürfen. Der Jahresbericht weist eine umfangreiche Tätigkeit der Ortsverwaltung auf. Der Mitgliederbestand hob sich von 113 auf 213, worunter sich 36 weibliche Mitglieder befinden. Die Agitation unter den Straßenbauern war von gutem Erfolg begleitet. Wenn auch trotz der angewandten Mühen zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern die Erwartungen nicht erfüllt wurden, so ist aber doch eine erfreuliche Aufwärtsbewegung im Gange. Das gleiche gilt auch von den Möbelträgern und Kohlearbeitern. Die Einnahmen belaufen sich mit dem Kassenbestand pro 1910 auf 4662,67 Mk. gegenüber 3181,69 Mk. im Vorjahre, ergibt eine Mehreinnahme von 1480,98 Mark. An Unterstützungen verschiedener Art gelangten zirka 900 Mark zur Auszahlung, darunter allen 597,15 Mk. für Krankenunterstützungen. Der Markenumsatz war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Versammlungen und Sitzungen belaufen sich auf zusammen annähernd 60 und waren durchschnittlich gut besucht. Vorträge zur Aufklärung und Belehrung für die Mitglieder fanden 11 statt. Drei geführte Lohnbewegungen waren für die betreffenden Kollegen von gutem Erfolg begleitet. Wegen Handlungen gegen die Interessen des Verbandes wurden 2 Mitglieder ausgeschlossen. Der Bericht wurde sehr beifällig aufgenommen und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die vorgenannten Neuwahlen hatten zum Ergebnis, daß zu Bevollmächtigten gewählt wurden Adam Schubach 1., Heinrich Berlinghof 2. Vorsitzender, Kassierer Albert Kaufmann, Schriftführer Franz Hübl, zu Revisoren und Sektionsleitern Emil Maties, Friedrich Zoos und Otto Köhner. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt die Kollegen Schubach, Berlinghof, Maties und Dettinger. Unter „Berchiebendes“ forderte dann der Vorsitzende mit einem eindringlichen Appell die Mitglieder auf, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen kräftig mitzuarbeiten, um einen guten Erfolg zu erzielen, denn auch die Transportarbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, daß der Bürgerausschuß nicht aus reaktionären Elementen zusammengesetzt ist. Die Erreichung der völligen Sonntagruhe muß die Parole sein, deshalb alle Stimmen für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Hunderte von Berufscollegen und Kolleginnen stehen uns noch indifferent gegenüber und schmachten unter ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hier gilt es, für die kommende Zeit den Hebel einzufassen und eine intensive Werbetätigkeit zu entfalten. Nur eine starke, festgefügte Organisation kann schweren wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber bestehen. Tue jeder an seinem Posten seine Pflicht.

Hirschberg i. Schl. In der Generalversammlung am 23. Januar wurde konstatiert, daß die Mitgliederzahl im Laufe des vergangenen Jahres von 97 auf 195 gestiegen ist. Der Kassenbestand beträgt 309,44 Mk. Die Neuwahl ergab: Peulert Bev., Kluge 2. Bev., Großer Kassierer, Haude Schriftführer,

Dunkert, John und Butsch Neuloren. Kluge, Schab, Hüter und Traffer Kartelldelegierte. Beschlossen wurde, die Unterstützungen nur Sonnabends von 6-8 Uhr anzuzahlen. Nach Regelung einiger Internas und Aufforderung zu weiterer reger Agitation trat Schluss der Versammlung ein.

Mannheim. Am Sonntag, den 4. Februar tagte unsere Jahresgeneralversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Verwaltungsstelle hat sich im Jahre 1911 glänzend entwickelt. Sie zählt 2628 Mitglieder gegen 2004 im Vorjahre. Die Mitgliederzahl ist also um 624 gestiegen. — Wie noch in keinem Vorjahre waren die Kollegen diesmal in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt. Die Macht des organisierten Unternehmertums kam allgemein zum Ausdruck. Am schärfsten jedoch bei dem Kampfe im Hafengebiet. Es hat sich dort gezeigt, daß das Unternehmertum nicht allein im Hafen selbst, sondern auch das der ganzen Industrie mitgeholfen hat, den Kampf kaputt zu machen. Wenn das Unternehmertum trotzdem nicht auf seine Rechnung gekommen ist, so ist dies dem gesunden Geist und der Energie unserer Kollegen zu verdanken, die sich durch die Importierung der 700 Hinzemänner nicht haben betreten lassen. Wir haben auf der ganzen Linie wiederum Tarifverträge mit Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen abgeschlossen. Die Nachwehen haben die Arbeitgeber, denen die Sache ziemlich teuer zu stehen kam und die sich das nächstmal allem Anschein nach die Erhaltung des Friedens etwas angelegen sein lassen, als bisher. Der Kampf im Fahrzeugverbe brachte den Kollegen ganz bedeutende Vorteile. Es wurden 2 Mk. Lohnerhöhung tariflich festgelegt, desgleichen für die Mehrheit der Kollegen täglich 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung. Leider verließen es verschiedene Kollegen noch nicht, diese Errungenschaften hochzuhalten. Es fanden noch weitere Lohnbewegungen ohne Streiks statt bei Gebr. Beck, Joh. Deuschel Hans Scharf, Girsch, Redarbrofsabrik, Möbeltransportarbeiter Ludw. Gashafen, Eisenabteilungen, Syndikatsfreie Kohlenvereinigung, Kander; bei 4 Kohlenfirmen wurden Forderungen durch den Arbeiterausschuß vertreten und mit Erfolg beendet. — Im Streiks beteiligten waren Kollegen in 5 Fällen. In einem Falle waren 49 Kollegen beteiligt. Dieser Kampf ging verloren. Unsere Kollegen übten Solidarität. — Auch ein kleiner Streik beim Mannheimer Petroleum-Betrieb ging verloren. Die Firma versucht auf jede Art und Weise, die Organisation in ihrem Betrieb zu verdrängen, trotzdem ihre Abnehmer lediglich Arbeiter sind.

Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen war folgendes: 17 Lohnbewegungen in 23 Betrieben mit 435 Beteiligten endeten ohne Streik; 3 Lohnbewegungen in 68 Betrieben mit 1205 Beteiligten endeten durch Streik. 1640 Kollegen erhielten zusammen eine Lohnerhöhung von 3385 Mk. wöchentlich. 851 Kollegen erhielten eine Arbeitszeitverkürzung von 2859 Stunden wöchentlich. 251 erreichten noch Erhöhungen der Löhne, 170 Gewährung von Krankengeldzuschüssen, 350 Extraverzinsungen für Schmutzarbeiten, 60 erhielten einen jährlichen Urlaub von 3-8 Tagen.

Eine große Zahl Klagevertretungen wurden auf dem Gewerbegericht ausgefochten. In einem Falle wurde für 18 Kollegen die Summe von 1100 Mk. erreicht. Ferner wurden verschiedene Eingaben an die Bayer. Eisenbahndirektion, Generaldirektion der Ab. Eisenbahnen, Bezirksamt und Zollinspektion gemacht. Die meisten wurden zugunsten der Kollegen entschieden. Bei einigen schwebt noch das Verfahren.

In der Agitation wurde geleistet, was möglich war. 526 Versammlungen und Sitzungen fanden statt. Der Erfolg war ein guter. In den Vororten wurde ganz intensiv gearbeitet. Es ist uns gelungen, auf der Rheinau Feste zu schlagen, und es wird unsere Aufgabe sein, im laufenden Jahre dort das zu verwirklichen, was noch nicht geschehen konnte. In den Monatsversammlungen waren in der Regel Vorträge vorgelesen.

Die Beitragsziffer stieg von 79 164 auf 113 684 Wochen. Die Einnahmen stiegen von 45 007,69 Mk. auf 64 647,03 Mk. Der örtliche Massenbestand stieg von 2957,16 Mk. auf 8135,29 Mk., also ein Ueberschuß von 5178,13 Mk. — Unterstützungen wurden ausbezahlt:

Arbeitslosenunterstützung	1 143,60 Mk.
Krankenunterstützung	13 033,75 "
Reiseunterstützung	65, — "
Rechtschutz	35, — "
Ertraunterstützung	146, — "
Beerdigungsbeihilfe	822,50 "
Streikunterstützung	44 151,15 "
Gemäßregelunterstützung	748,35 "

Die Gesamtunterstützungen auf Konto der Hauptkassa betrug 60 080,35 Mk., auf Kosten der Lokalkasse 403,30 Mk. Die Hauptkassa leistete infolge der hervorragenden Streikunterstützung noch einen Zuschuß von 17 765,52 Mk. An bar erhielt die Hauptkassa 22 550,73 Mk.

Beirachten wir die ganze Entwicklung unserer Verwaltungsstelle, so kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß ein gesunder Kern in der Bewegung steckt. Die Kollegen werden auch im laufenden Jahre ihre Pflicht erfüllen und genau so wie im verflochtenen Jahre mit froher Zuversicht am Ausbau der Verwaltungsstelle weiterarbeiten.

Stuttgart. Nachdem wir das alte Jahr hinter uns haben und im Begriff stehen, die Frühjahrsgagitation mit aller Kraft einzuleiten und aufzunehmen, ist es wohl nicht unangebracht, nochmals mit einem kurzen Blick zurückzuschauen. In der Tat, die Fortschritte und Erfolge, die uns das Jahr 1911 gebracht haben, sind es wert, daß wir uns mit ihnen beschäftigen. Sie müssen bei jedem einzelnen Mitgliede nicht nur Freude auslösen, sondern sind eine stahlharte Waffe für neuen Fortschritt und neue Erfolge. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 1033 auf 1740, die Zahl der verkauften Wochenbeiträge von 37 759

Stück im Jahre 1910 auf 64 164 Stück im Jahre 1911. Neueingetreten sind 1039 Mitglieder, wovon am Jahreschluß 707 Mitglieder als fester Gewinn gebucht werden konnten. Diese Zahlen bringen zweierlei zum Ausdruck, erstens liegt in ihnen eine gewaltige Arbeitsleistung und tatkräftige und opfernde Mitarbeit aller Mitglieder, zweitens räumen sie mit einem Leibel, das uns jahrelang wie ein Fluch an den Herzen haftete, gründlich auf. Der Meinung vieler Hunderte von Berufs Kollegen, daß wir es in Stuttgart ja doch zu nichts bringen und die bei vielen zur fixen Idee geworden ist, wurde schon im Jahre 1910 über mitgespielt; im Jahre 1911 wurde dieser Meinung der Todesstoß veretzt. An die Stelle einer vermeintlichen Ohnmacht, aus der es kein Entrinnen gebe, ist starkes Selbstvertrauen, erkennen der Macht, die im Zusammenstoß, im Verbände liegt und jederzeit opfernde Mitglieder getreten. Die finanziellen Verhältnisse haben sich ebenfalls wesentlich verändert. Die Gesamteinnahmen sind gestiegen von 21 473,81 Mk. im Jahre 1910 auf 40 007,32 Mk. im Jahre 1911; die Ausgaben von 20 073,41 Mk. auf 35 446,86 Mk. Das Lokalvermögen erhöhte sich von 1400,40 Mk. auf 4560,46 Mk., wozu noch der Wert der Bureaueinrichtung in Höhe von über 1900 Mk. kommt. An die Hauptkasse des Verbandes konnten wir die Summe von 16 500,23 Mk. in bar abführen. Unserer Hauptaufgabe der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Abwehr verführter Verschlechterungen konnten wir wiederum in stätlicher Zahl gerecht werden. In 17 Betrieben mit 1027 Beteiligten fanden wir uns in der Lohnbewegung. Der erzielte Mehrlohn beträgt pro Jahr 94 328 Mk. Die Arbeitszeit konnte pro Woche um 839 Stunden, pro Jahr um 43 628 Stunden verkürzt werden. Bei allen Bewegungen gelang es, die Gewährung von Ferien durchzudrücken, oder wo solche schon eingeführt waren, dieselben zu verbessern. Mit Ausnahme bei der Straßenbahn kam es bei allen Bewegungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. Vertragsbrüchig wurde die Firma Ernst Wimpz. Dieser Unternehmer konnte es allem Anschein nach mit seiner streng christlich-konservativen Weltanschauung sehr wohl vereinbaren, sein unterschrieben gegebenes Wort zu brechen. Doch bei Hippippi sehen wir uns wieder. Im ganzen arbeiten jetzt im Groß-Stuttgarter Agitationsgebiet 1357 männliche und 41 weibliche Berufsangehörige in 37 Betrieben unter tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Eine stätliche Zahl, die aber in den nächsten Jahren verdoppelt werden muß. In zwei kleineren Betrieben führte die Bewegung zum großen Erlaunen der beteiligten Unternehmer zum Streik. Sie glaubten, die Bewegung sei damit abgetan, daß sie uns auf unsere Schreiben einfach keine Antwort geben. In beiden Fällen kamen sie aber, nachdem der Streik wenige Stunden gedauert hatte, sehr schnell zu einer anderen Auffassung. Die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen durch eine Reihe von Unternehmern vollzog sich nicht immer ganz glatt, wie die fast endlosen Differenzen beweisen. Wären die Kollegen ihrer früheren, zum eigenen Schaden oft beteiligten Haltung, nach beendeter Lohnbewegung der Organisation der Mäcken zu kehren, treu geblieben, dann hätten wir hier von 37 Tarifabschlüssen allerdings kaum 30, in denen die getroffenen Abmachungen eingehalten würden. Nicht aus Ueberzeugung, daß Tarifverträge im heutigen Wirtschaftsleben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern notwendig sind, werden von der Mehrzahl der Unternehmer die Tarifverträge eingehalten, sondern weil wir heute so stark sind, ihre Einhaltung erzwingen zu können. Für die verschiedensten Unterstützungsarten kamen 7081,20 Mk. zur Auszahlung, wovon auf Krankenunterstützung die Summe von 5228,05 Mark entfallen. Wir freuen uns dieser Summen, so manches Leid konnte damit, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch erheblich gemildert werden. Das Interesse der Mitglieder für die Organisation war das ganze Jahr hindurch ein erfreulich reges. Die Außenbezirke haben sich wacker gehalten. Beachtenswerte Fortschritte machte die Organisation unter den Angestellten und Arbeitern der Straßenbahn, die an dem allgemeinen Aufschwung mit 306 Mitgliedern beteiligt sind. Alles in allem ein schöner Fortschritt, der aber nicht dazu führen darf, auf dem Erreichten auszuruhen, sondern ein Ansporn zu weiterer unablässiger Agitations- und Aufklärungsarbeit der noch Indifferenten werden muß. Der Geist, der die Mitglieder beherrscht, und die schönen Fortschritte im neuen Jahr bürgen dafür, daß dies der Fall sein wird.

Verbandsmitglieder! Große Aufgaben haben wir noch in diesem Jahr zu erfüllen. Die wichtigste ist, unsere Reihen bis auf den letzten Mann zu schließen. Bei allen Berufsgruppen haben wir noch zahlreiche nichtorganisierte Kollegen. Ihre Gewinnung ist heute leichter als in früheren Jahren, unsere Erfolge haben auch ihnen den Glauben beigebracht, daß wir stark genug sind, um aus eigener Kraft unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wo immer sich Gelegenheit bietet, für den Verband zu werben, operiert mit den Erfolgen, die wir errungen haben, weist auf die traurigen Verhältnisse hin, wie sie noch vor wenigen Jahren waren und wie sie heute sind, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Unsere Führer und Transportarbeiter aber seien auch bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß der allgemeine Tarifvertrag im nächsten Jahr zu Ende geht. Seine Erneuerung wird uns eine Lohnbewegung bringen, an der zirka 1500 Kollegen beteiligt sind. Zu dieser Bewegung heute schon alle Vorbereitungen zu treffen, ist ein unerlässliches Gebot der Notwendigkeit und die Vorbereitung für einen siegreichen Abschluß. Arbeiten und immer arbeiten, vor keinen Opfern und Mühen zurückzureden, sei die Losung für die jetzt eingeleitete Frühjahrsgagitation. Mit dem Abschluß des zweiten Quartals muß das zweite Tausend Mitglieder erreicht sein.



Nationaler Terrorismus. Eine treffliche Illustration zu dem Geschrei über den angeblichen „Terrorismus“ sozialdemokratischer Gewerkschafter und die „Zwangsmittelgesellschaft“ in den freien Gewerkschaften, bildet ein Schreiben, daß der Vaterländische Arbeitnehmerbund durch seinen Vorsitzenden K. M. Viehringer an einen Arbeiter Schröder richtet. Es lautet: Hamburg, den 11. Februar 1912.

Herrn Schröder.
Da wir Ihnen die Arbeit bei Wichmann nachgewiesen haben, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen die Arbeit unter der Bedingung nachgewiesen habe, daß sie Vaterländisch gesinnt und dem Vaterländischen Arbeitnehmerbund beitreten. Ich habe vergebens auf Ihren Eintritt gewartet, ich höre, daß Sie das Gegenteil von dem sind, für was Sie sich hier ausgeben. Ich dulde natürlich nicht, daß Sie uns etwas vorfügen. Sollten Sie bis spätestens im Verlauf dieser Woche nicht hier im Sekretariat erschienen sein, werde ich unmissichtlich gegen Sie vorgehen. Wenn Sie sich dann zwischen zwei Stühle setzen, haben Sie sich dies selbst zuzuschreiben.

Hochachtungsvoll
Gez.: K. M. Viehringer, Sekretär.
Diese Leistung spricht für sich selbst; eine Kritik erübrigt sich. Aber was sagen die Bekämpfer des „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu dieser Leistung ihrer Schützlinge? Werden sie diesen Fall dem hamburgischen Vertreter im Bundesrat mit überweisen, wenn es „das Vorgehen der sächsischen Regierung“ zu unterstützen gilt? Und wird sich ein Staatsanwalt finden, der Veranlassung nimmt, gegen diese Aktion zu Felde zu ziehen? Warten wir ab. Herrlich weit ist es schon gekommen, sogar soweit, daß mit der Arbeitsvermittlung der Betreffende seine Gesinnung verläuft.
Herr Staatsanwalt was sagen Sie dazu??

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gearlindet am 11. Februar 1912 in Treuen i. B. Bevollmächtigter: Curt Köbel, Georgenstr. 207, Kaffler: Otto Gräfer, Befehlsgrm Nr. 4 b. Treuen.
Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

- In Berlin: Otto Saufe, Spt.-Nr. 5527, eingetr. 2. 8. 04; Friedr. Siefert, Spt.-Nr. 48 654, eingetr. 8. 10. 10.
- In Rattowitz: Paul Uyle, Spt.-Nr. 265 548.
- In Kiel: Mag Benbowski, Spt.-Nr. 205 487, eingetr. 8. 1. 12.
- In Mainz: Georg Prollmann, Spt.-Nr. 275 230, eingetr. 24. 9. 99.
- In Nowawes: Robert Goffmann, Spt.-Nr. 90 380, eingetr. 20. 10. 09 in Leipzig.
- Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.
- Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Absatz 7a und b des Verbandsstatuts nachstehend bezeichnete Mitglieder:
- In Wiebrich: Mohr, Spt.-Nr. 246 248.
- In Delitzsch: Karl Krautwurst, Spt.-Nr. 231 939.
- In Dresden: Aug. Gruber, Spt.-Nr. 154 771; Ernst Salbig, Spt.-Nr. 154 644; Rudolf Rütchler, Spt.-Nr. 152 827; Richard Schubert, Spt.-Nr. 154 353; Wilhelm Schwarz, Spt.-Nr. 154 383; Gustav Zufall, Spt.-Nr. 154 948.
- In Düsseldorf: Bernh. Niedzwiedz, Spt.-Nr. 247 037.
- In Gera: Conrad Gantach, Spt.-Nr. 255 206.
- In Halle: Friedr. Gentchel, Spt.-Nr. 201 492; Paul Mücke, Spt.-Nr. 200 628; Otto Stollberg, Spt.-Nr. 200 442.
- In Guhl: Franz Ledermann, Spt.-Nr. 300 643.

Mit kollektalem Gruß
Der Verbandsvorstand.
S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Ortsverwaltungen!

Durch unsere Buchhandlung ist zu beziehen:
Der Courier, Jahrgang 1911 . . . gebd. 2,25 Mk.
Der Straßenbahner, Jahrgang 1911 . . . 1,80 "
Der Seemann, Jahrgang 1910/11 . . . 2,25 "
Correspondenzblatt, Jahrgang 1911 . . . 2, — "
Die Arbeiter-Jugend, Jahrgang 1911 . . . 4, — "
Die Gleichheit, Jahrgang 1911 . . . 4, — "
Ferner sind auch noch frühere Jahrgänge des Courier sowie Correspondenzblatt, welche zu gleichem Preise abgegeben werden, vorhanden.
Verlagsanstalt „Courier“.

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Uaytenberg.
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.